

# **Faschisierung der Festung EU-Europa Solidarisch sein statt ausgrenzen**

Heute leben wir in einer rassistischen, antisemitischen, menschenfeindlichen Festung – es ist die Festung EU-Europa. Ihre Mauern werden immer höher. Inzwischen sind sie so hoch, dass sie von Geflüchteten kaum noch überwunden werden können. Viele sterben bei dem Versuch in die vermeintlich rettende Festung zu gelangen. Die Herrschenden EU-Europas schneiden den flüchtenden Menschen die Routen ab und lassen sie im Meer ertrinken. Menschen, die den Ertrinkenden zu Hilfe kommen, werden mit staatlicher Gewalt daran gehindert, kriminalisiert und verfolgt. Die in den bürgerlichen Verfassungen proklamierte Menschlichkeit weicht der Barbarei.

Und Rechtsradikale und Faschist\*innen erobern immer mehr nationale Regierungen oder beeinflussen sie zumindestens stark. In den EU-Institutionen sitzen schon heute die Zerstörer\*innen der natürlichen Grundlagen der menschlichen Existenz. Sie lassen die Klimakatastrophe weiter laufen und fördern mit ihrer etablierten Politik das Bienen- und Insektensterben.

Der liberale Anspruch eines Europas der Menschenrechte wurde in der EU nie eingelöst. Er hat im Kern der kapitalistischen Logik von Konkurrenz und Profitmaximierung schon immer widersprochen. Erfolgreiche und gescheiterte bürgerliche und sozialistische Revolutionen, von denen die wichtigste die Französische Revolution von 1789 war, brachten jedoch zum Teil demokratische Errungenschaften hervor, die bewahrenswert sind und verteidigt werden müssen.

Am Beginn der Entwicklung der heutigen Europäischen Union, des politischen Überbaus EU-Europas, stand die Bildung der sogenannten Montanunion, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), im Jahr 1951.

Der Zusammenschluss mehrerer europäischer Länder, die sich zum Teil im zweiten Weltkrieg feindlich gegenüberstanden hatten, diente in erster Linie nicht der Festigung des Friedens und schon gar nicht der Schaffung menschlicher Verhältnisse auf der Basis demokratischer und sozialer Menschenrechte. Es waren die gemeinsamen imperialistischen Interessen der stärksten Kapitale in den europäischen Ländern, die den Anstoß dazu gaben, was sich bis heute zu EU-Europa entwickelte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Perspektive einer gemeinsamen europäischen Ausbeutung Afrikas ein mögliches Element, um die im Interesse ihres nationalen Kapitals konkurrierenden Staaten zu einigen. So ist dieser Gedanke auch im Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 zur Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) enthalten, mit dem die Bildung des kapitalistischen Zentrums EU-Europa auf den Weg gebracht wurde.<sup>1</sup>

Der französische Außenminister Robert Schumann propagierte die »Schaffung« einer »mächtigen Produktionsgemeinschaft«, in der die »notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Produktion« allen Mitgliedern gleichermaßen zur Verfügung stehen »zur Hebung des Lebensstandards und zur Förderung der Werke des Friedens« und folgerte: »Europa wird dann mit vermehrten Mitteln die Verwirklichung einer seiner wesentlichsten Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Erdteils.«<sup>2</sup>

Die Gründung der Montanunion war der Ausgangspunkt für die schrittweise Herausbildung des imperialistischen Blocks EU-Europa. Die Montanindustrien sind die Kohle- und Erzfördernden Industrien und die damit verbundenen, vor allem Eisen und Stahl erzeugenden Betriebe.

Die Entstehung der Montanunion und die Einbindung der BRD in diese Gemeinschaft hing damit zusammen, dass nach der Befreiung vom NS-Faschismus die Anti-Hitler-Koalition der vier Alliierten (USA, Großbritannien, Sowjetunion und Frankreich) zerfallen war und sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der Herrschaftsblöcke in den USA, Großbritannien und Frankreich verändert hatten, denn die antideutschen Positionen verloren angesichts der Systemkonkurrenz zur Sowjetunion an Gewicht. Letztlich war die Einbindung der BRD ein antikommunistischer Kompromiss zwischen den drei Westalliierten, der ihren Interessenkonflikten untereinander am ehesten gerecht wurde, der Kontrolle des deutschen Rüstungspotenzials dienen sollte und der sich gegen die Sowjetunion richtete.

An der Montanunion beteiligten sich die sechs Staaten Frankreich, Deutschland, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Italien. Die Mitgliedsstaaten regelten darin gemeinsam die Fragen zur Kohle- und Erzförderung und die Erzeugung von Eisen und Stahl. Sie verzichteten auf einen Teil nationaler Souveränitätsrechte zugunsten einer übernationalen Institution. Damit war das erste Element eines Überbaus geschaffen, mit dem zentrale kapitalistische Interessen in Westeuropa über die nationalstaatlichen Möglichkeiten hinaus vertreten werden konnten. Dabei ging es auch um die möglichst weitgehende Kontrolle der Klassenkämpfe, die besonders von den Bergbau- und Stahlarbeiter\*innen getragen wurden. Mit der Montanunion wurden u. a. Fakten gegen die Forderungen der Arbeiter\*innen nach einer Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die damals Sozialisierung genannt wurde, geschaffen. Mit dem europaweiten Zusammenschluss konnte das Kapital die Besitzverhältnisse supranational absichern.

Die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Verwertungsprozesses, mündet, wenn der Widerstand dagegen – wie heute in EU-Europa – zu schwach ist, systembedingt in eine Faschisierung der Gesellschaften. Der kapitalistische Zwang zur Profitmaximierung lässt in der Krise keinen Platz für Menschlichkeit, Staat und Kapital müssen ihm gehorchen.

Europaweit sind rechte und faschistische Parteien auf dem Vormarsch. Oftmals haben sie bereits Regierungsverantwortung und sitzen an den Hebeln der Macht. Deutschland ist Führungsnation und antisozialer Stichwortgeber in EU-Europa. Innerhalb der Festung herrscht teilweise extremes soziales Elend, die Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen lohnarbeitender und ausgegrenzter Menschen verschlechtern sich ständig. Das deutsche Kapital konkurrierte im Verbund mit dem deutschen Staat durch seine Niedriglohnpolitik die Länder Süd- und Osteuropas nieder und exportiert mit seinen Waren auch soziales Elend dorthin. Es treibt verzweifelte Menschen in die Fallen rechtsradikaler und faschistischer Parteien.

Das Kapital muss zwar derzeit in den Zentren des Kapitalismus keine revolutionäre oder eine wenigstens kampfbereite sozialreformerische Arbeiter\*innenbewegung fürchten. Aber die Widersprüche, die durch die Verwüstung der natürlichen Lebensgrundlagen durch den kapitalistischen Zwang zur Profitmaximierung entstehen, machen für die Herrschenden weitgehende Handlungsoptionen zur repressiven Unterdrückung notwendig. Sie zeigen sich bei der Unterdrückung des Widerstands im Hambacher Forst 2018 ebenso wie beim G20-Gipfel in Hamburg 2017 oder dem Angriff auf Aktivist\*innen beim EU-Treffen in Salzburg im September 2018. Breite solidarische Bewegungen wie unteilbar haben das Potenzial, antikapitalistische Tendenzen zu fördern oder im besten Fall selbst zu entwickeln.

Kritik, Protest und Widerstand gegen Überwachung, gegen den zunehmenden Ausbau und die Gewalt des Polizeistaats werden von den Repressionsorganen kriminalisiert und unterdrückt. Die Ausweitung der Unterbindungshaft (Vorbeugehaft) in den neuen deutschen Polizeigesetzen der Länder setzt die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft. Der autoritäre Staat wird institutionell weiterentwickelt und abgesichert.

In Bayern ist es jetzt möglich, Menschen ohne Anklage unbegrenzt wegzusperren, denen der Staat unterstellt, sie könnten in Zukunft eine Straftat begehen. Die Unterbindungshaft, die bisher auf 14 Tage beschränkt war, wurde auf bis zu drei Monate ausgeweitet, mit der unbegrenzt wiederholbaren, das heißt lebenslänglichen Verlängerungsoption durch eine Haftrichter\*in.<sup>3</sup> Menschen im Knast verschwinden lassen ist ebenso wie die Militarisierung der Polizei Ausdruck eines autoritären Staates auf dem Weg in den Polizeistaat mit faschistoiden Elementen. Dazu passt, dass laut einem hetzerischen Bericht des Focus online Bundesinnenminister Horst Seehofer von der CSU die Rote Hilfe verbieten lassen will.<sup>4</sup> Eine Vorgängerorganisation der Roten Hilfe wurde schon einmal verboten: Das war 1933.<sup>5</sup>

Seit Juni 2017 ist es nach neuen, über das BKA-Gesetz hinausgehenden, Regelungen der Strafprozessordnung der Polizei und den deutschen Geheimdiensten erlaubt, persönliche Computer und Smartphones über Spähsoftware, sogenannte Trojaner, zu hacken und auszuspähen.<sup>6</sup> Alles, was bisher in der Telefonüberwachung möglich war, wurde auf sämtliche digitalen »Endgeräte« ausgeweitet. Das funktioniert nur über die Nutzung von Spähsoftware. Das Gesetz widerspricht den 2008 durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Zusammenhang mit dem BKA-Gesetz aufgestellten Beschränkungen für das private Ausspähen der Kernbereiche privater Lebensgestaltung und des Grundrechts »auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme«.<sup>7</sup> Staatliches Hacken wird mit diesem Gesetz zum Alltag.<sup>8</sup>

In Baden-Württemberg wurde auf Vorschlag der grün/schwarzen Landesregierung unter dem grünen Ministerpräsident Winfried Kretschmann von der CDU/Grünen-Mehrheit im Stuttgarter Landtag im November 2017 ein repressives, antidemokratisches Polizeigesetz für das Bundesland verabschiedet, das wesentliche über das BKA-Gesetz hinausgehende Verschärfungen in der Strafprozessordnung aufgreift. Landesverfassungsschutz und Landespolizei dürfen wie die Bundespolizei nun Telefongespräche mithören und können mittels Trojaner digitale Endgeräte ausspähen und manipulieren. Die Überwachung durch die elektronische Fußfessel ist jetzt zulässig. Darüber hinaus werden Spezialeinheiten mit Sprengstoff ausgerüstet, der dann u.a. zur Verhinderung eines Verbrechens gegen Menschen eingesetzt werden darf.<sup>9</sup>

Die Militarisierung der deutschen Polizei ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass zum Beispiel gepanzerte Fahrzeuge mit aufmontierten Maschinengewehren eingesetzt werden. Bei einer rechtsradikalen Demonstration am 3. Oktober 2018 in Berlin fuhr mindestens zeitweise ein Polizeipanzer, der mit einem G8-Maschinengewehr bewaffnet war, innerhalb der polizeilichen Vorhut der Demonstration. Er war damit Teil jener Einsatzkräfte und -mittel, die dazu dienen, gegebenenfalls Blockaden von Gegner\*innen räumen zu können.<sup>10</sup>

Die Überwachung des öffentlichen Raumes wird weiter ausgebaut, immer mehr Konzerne, Läden und Institutionen sichern ihre Gebäude illegal bis in den öffentlichen Raum hinein durch eine komplette Videoüberwachung. Straßenbahnen, U-Bahn, Busse sind längst mit Kameras ausgestattet.<sup>11</sup> Am Berliner Bahnhof Südkreuz wurde am 1. August 2017 ein Pilotprojekt mit einer automatisierten Gesichtserkennung gestartet, ohne jede rechtliche Grundlage.<sup>12</sup> 300 freiwillige Testteilnehmer\*innen ließen sich fotografieren, Kameras und Software sollen sie in der Masse derer, die den Bahnhof nutzen, erkennen. Über eine Erkennung des Gesichts hinaus soll zukünftig intelligente Software Verhaltensmuster erkennen oder sogar Emotionen. Menschen werden nicht nur gefilmt, sondern analysiert. Bei einem weiteren Ausbau des Polizei- und Überwachungsstaates kann die Technologie als Teilelement einer Totalüberwachung eingesetzt werden.<sup>13</sup>

Vergleichsfotos für die Zuordnung gibt es für nahezu alle deutschen Staatsbürger\*innen schon digital und biometrisch. Der Zugriff auf alle digitalisierten biometrischen Passfotos der Bundesbürger\*innen wurde 2017 über die Polizei hinaus auf alle Verfassungsschutzbehörden der Länder, den Bundesverfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst (BND), den Militärischen Abschirmdienst (MAD) und die Steuer- und Zollfahnder\*innen ausgeweitet.<sup>14</sup> Damit gibt es eine nationale Bilddatenbank, die Nutzung der Bilder wird von niemandem kontrolliert.

Auf ihrer Konferenz vom 28. bis 30. November 2018 ist es den deutschen Innenminister\*innen noch nicht gelungen, sich auf ein seit Juni 2017 geplantes sogenanntes Musterpolizeigesetz zu einigen<sup>15</sup>, das zur bundesweiten Vereinheitlichung der polizeilichen Repression dienen soll.

Die aus den USA stammende computerbasierte Methode des Predictive Policing, was übersetzt vorausschauende Polizeiarbeit heißt, wird in Deutschland immer wichtiger. Die technische Vertiefung von Softwaretechnologie zu Präventionszwecken wird vor allem von den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen vorangetrieben. Dort unterhalten die Landeskriminalämter spezielle Prognoseabteilungen. Mathematische Algorithmen, mit denen die Software Statistiken und das Zusammentreffen vorher als kritisch festgelegter Ereignisse analysiert, sollen dabei der Voraussage von Verbrechen dienen.<sup>16</sup> Das leistet der tendenziellen Kriminalisierung von Menschen, die in von der Polizei als Gefahrenzonen stigmatisierten Stadtteilen leben, weiteren Vorschub. Aus abweichendem Verhalten wird eine kriminelle Energie hergeleitet.

Wir nähern uns einer modernisierten Gestapo. Die Trennung von Polizei und Geheimdienst als Konsequenz aus dem NS-Faschismus wird weiter durchlöchert.

Die Erweiterung der Zugriffsrechte auf alle biometrischen Passfotos war Teil des »Gesetzes zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises (eID)«, das im März 2017 den Bundestag und Bundesrat passierte und seit 15. Juli 2017 in Kraft ist.<sup>17</sup> Seitdem werden die elektronischen Funktionen des Personalausweises bei der Ausgabe standardmäßig freigeschaltet. Daten des Personalausweises können damit über ein RFID-Lesegerät direkt ausgelesen und digital übermittelt werden. Seit September 2017 darf die eID-Funktion europaweit und grenzüberschreitend genutzt werden.<sup>18</sup>

2005 wurden biometrische Daten in den deutschen Reisepässen eingeführt. Inzwischen sind Bilder und auch Fingerabdrücke im Pass digital gespeichert. Das ist Grundlage dafür, dass zukünftig Reisepässe bei der Ein- und Ausreise in den bzw. aus dem EU-Schengenraum systematisch erfasst und zukünftig entsprechend einer dahingehend geänderten EU-Richtlinie, mit einer zentralen Datenbank abgeglichen werden können.<sup>19</sup>

Im Mai 2018 trat die EU-Datenschutzgrundverordnung in Kraft. Bis dahin mussten die EU-Staaten ihre Gesetze anpassen bzw. Regelungsspielräume der Grundverordnung ausgestalten. Im Zuge der Anpassung der deutschen Datenschutzgesetze beschloss der Bundestag im April 2017 ein neues Bundesdatenschutzgesetz, das jedoch zur Schwächung des Datenschutzes genutzt wurde und die Vorgaben der EU-Verordnung nicht erreicht.<sup>20</sup> So wurden insbesondere die Kontrollmöglichkeiten durch die Bundesbeauftragte für Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) eingeschränkt. Berufe, die dem Berufsgeheimnis unterliegen, wie Ärzte oder private Kranken- und Lebensversicherungen, werden von der neutralen Prüfung zum Umgang mit personenbezogenen Daten ausgenommen. Zudem wurde die Aufsicht für den Bundesnachrichtendienst (BND) massiv eingeschränkt.<sup>21</sup>

Statt wie in der EU-Verordnung gefordert, Bürger\*innen zur Wahrung ihres Rechts auf informationelle Selbstbestimmung rechtzeitig vor unbemerkter Videoüberwachung zu schützen, wurde im Gegenteil den »Sicherheitsbelangen« privater Immobilienbesitzer\*innen oder Konzerninteressen, Gebäude bis in den öffentlichen Raum hinein zu überwachen, der Vorrang gegeben.<sup>22</sup>

Gleichzeitig versucht das Kapital mit der Digitalisierung der Lebenswelt die umfassende Steuerung der Freiheit des Menschen durch Algorithmen zum Wohle seines Profits zu vervollkommen.

Die Diskussion über sogenannte Haseinträge in den sozialen Netzwerken wurden vom Staat benutzt, um in das Grundrecht auf Meinungsfreiheit einzugreifen. Seit 1. Oktober 2017 werden Betreiber\*innen von Internet-Plattformen über das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) gezwungen, angeblich strafbare Einträge innerhalb bestimmter Fristen zu löschen. Der Staat schaffte ein Strafrecht, damit Konzerne wie facebook die strafrechtliche Relevanz von Inhalten feststellen und unterwirft das Grundrecht auf Meinungsfreiheit deren Interessen.<sup>23</sup> Betroffene müssen, wenn sie sich gegen die Zensur wehren wollen, die Konzerne verklagen.<sup>24</sup>

Ziel des Staates ist es, durch Repression und Überwachung, ein Drohpotenzial aufzubauen, um Widerspruch schon im Ansatz nicht aufkommen zu lassen, soziale Revolten und Aufstände frühzeitig zu erkennen und zu zerschlagen. Soziale Bewegungen und Klassenkampf von unten gegen Ausbeutung, Armut und Naturzerstörung sollen verhindert und zerstört werden können.

Den autoritären Staat haben wir bereits, der Übergang in den Polizeistaat ist inzwischen ohne Legitimationsbruch jederzeit und auch zeitweise möglich und wird auch geprobt wie zum Beispiel beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg. Der Nährboden für die Faschisierung staatlichen Handelns ist geschaffen, der gesellschaftliche Rechtsrutsch ist Teil davon. Der

bürgerliche Rechtsstaat wird in großen Teilen zum bürgerlichen Willkürstaat, der die Interessen der reaktionären bis sozialdemokratischen Seilschaften im Staat durchsetzt. Damit ist der theoretische Ansatz widerlegt, der behauptet, die liberale bürgerliche Demokratie sei der optimale Überbau für das kapitalistische Wirtschaften. Das galt nur mit Widersprüchen in bestimmten Phasen der kapitalistischen Entwicklung. Heute ist weltweit die vorherrschende Form des bürgerlichen Staates der autoritäre Staat mit der Tendenz zum militarisierten Polizeistaat.

Auf EU-Ebene tritt die sogenannte Grenzschutzagentur Frontex die Menschenrechte mit Füßen. Ihre Aufgabe ist es, das in der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannte Recht, aus lebensbedrohenden Verhältnissen zu fliehen, durch den sogenannten »Schutz« der EU-Außengrenzen auszuschalten, besonders tödlich zurzeit im Mittelmeer.

Auch wenn ein Teil der Bourgeoisie für die Durchlässigkeit der Grenzen und für die Aufnahme von Geflüchteten eintritt, die als Arbeitskräfte in den Verwertungsprozess des Kapitals eingegliedert werden können bzw. sollen, ist die Haupttendenz die Abschottung gegen die Zuwanderung. Aufgrund der sozialen Verelendung und der wachsenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Auswirkungen der Klimakatastrophe, die durch das kapitalistische Wirtschaften bedingt sind, wächst der Druck auf viele Menschen, sich durch die Migration in ein wenigstens etwas besseres Leben in die Zentren des Kapitalismus retten zu wollen.

Sie treffen auf eine Situation, in der ein nicht kleiner Teil der von Abstiegsängsten getriebenen Mittelschicht zunehmend verroht, wie die über einen Zeitraum von 10 Jahren durchgeführte Heitmeyer-Studie belegt. Das kulturell tendenziell noch verankerte Mitgefühl für Menschen, denen es schlechter geht, weicht einer sozialen Kälte, die durch Gleichgültigkeit, Rücksichtslosigkeit und fortschreitende Brutalisierung geprägt ist. Die Corona-Querfront, rechte Verschwörungsideolog\*innen, sind im Jahr 2020 ein Beispiel dafür. An Werte wie Solidarität, die früher in der Facharbeiter\*innenschaft mindestens im gewerkschaftlichen Zusammenhang noch eine Rolle spielte, ist gar nicht mehr zu denken.

Die Möglichkeit für Geflüchtete, in Deutschland gesellschaftlich anzukommen und sich gleichzeitig mit ihrer kulturellen Vielfalt einzubringen, wird verhindert bzw. verzögert. Mit staatlichen Maßnahmen der Ausgrenzung wie Arbeitsverbote, Sammelunterkünfte, Einschränkung der Bewegungsfreiheit usw. werden die Geflüchteten auch im Innern möglichst lange abgeschottet. Das dient auch dazu, weitere bzw. potenzielle Geflüchtete von der Flucht in ein sicheres und besseres Leben abzuschrecken. Dadurch sind sie länger von staatlichen Transferleistungen abhängig, wodurch der unbegründete Neid von Teilen der Unterschicht geschürt wird.

Ein Teil der vernachlässigten und durch jahrelangen sozialen Terror der Jobcenter zermürbten Unterschicht und unteren Mittelschicht sucht sich ein Ventil für seine Frustration, indem er nach Menschen sucht, gegen die er noch nach unten treten kann. Die von der gesellschaftlichen Teilhabe Abgehängten fühlen sich zurückgesetzt und denken, sie selbst würden nichts, die anderen, die von außen kommen, würden alles bekommen.

Im Osten Deutschlands spielt neben der sozialen Frage die kulturelle Entfremdung der Menschen, die ihrer DDR-Identifikation ersatzlos beraubt wurden, eine entscheidende Rolle. Die Errungenschaften aus der Zeit, in der sie in der DDR sozialisiert wurden, werden gesamtgesellschaftlich geringgeschätzt. Ihr soziokulturelles Milieu, das ihnen einen Zusammenhalt gab, wurde beim Übergang von der bürokratischen Kommandowirtschaft zum Kapitalismus zerschlagen, ihre Interessen nicht berücksichtigt. Die Infrastruktur wurde radikal verändert und nach Profitgesichtspunkten zugeschnitten. Viele, die arbeitsfähig und für das Kapital verwertbar sind, haben die Region verlassen. Das Kapital zahlt Lohnarbeiter\*innen im Osten nach wie vor im Durchschnitt 20 Prozent weniger als im Westen. Die soziale Ungleichheit ist zwischen West und Ost nochmals ungleich verteilt. Von den Reichen leben 95 Prozent im Westen und nur 5 Prozent im Osten, was etwas über die Verteilung des Kapitals und den Stand der Industrialisierung zwischen West und Ost aussagt. Von denen, die arm sind, leben 62 Prozent im Osten und nur 38 Prozent im Westen.<sup>25</sup>

Das Gefühl völlig abgehängt zu sein, lässt viele der ehemaligen DDR-Staatsbürger\*innen zu wild gewordenen Kleinbürger\*innen werden, von denen immer größere Teile mitmachen beim organisierten rassistischen Mob auf der Straße.

Auch im Ruhrgebiet spielt verletzter Stolz auf die in der Vergangenheit geleistete Arbeit eine große Rolle bei den dort stark vorhandenen rechten Tendenzen. Für das Gefühl einmal wichtig, mit der eigenen Arbeit das Fundament der Wirtschaft bzw. der Industrie gewesen zu sein, hält der weiter entwickelte Kapitalismus keinen Anschluss parat. Jetzt machen die Abgehängten die Erfahrung, dass sich niemand um sie kümmert. Sie fühlen sich von der Gesellschaft vernachlässigt und im Stich gelassen.

Generell führt die aktuelle Krise des Kapitalismus dazu, dass gewohnte Routinen des gesellschaftlichen Lebens in Frage gestellt werden.<sup>26</sup> Viele erleben das als Kontrollverlust und entwickeln einen starken Wunsch nach Wiederherstellung einer vermeintlich alten und bewährten Ordnung im Sinne: »Wir holen unser Land zurück«.<sup>27</sup>

»Heimat« ist ein in weiten Teilen der Bevölkerung emotional positiv besetzter Begriff. Dieser speziell deutsche Begriff bekam in der Romantik im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert die Bedeutung eines reaktionären Gefühls der Verbundenheit mit dem eigenen Lebensraum. Ein deutscher Nationalstaat war materiell noch nicht in Sicht, aber mit der Förderung eines Gefühls der Verbundenheit und Zusammengehörigkeit zwischen Herrschenden und



Beherrschten sollte eine ideologische Grundlage für eine zukünftige deutsche Nation geschaffen werden.

»Heimat« ist heute für Viele, wo sie herkommen, sich wohlfühlen, wo sie sich verstanden und zugehörig fühlen. Für die Rechten bietet der Begriff ein Anschlusspotenzial für ihre kruden Ideologien der angeblichen Erdverbundenheit und kulturellen Verwurzelung der Menschen mit ihrer Herkunftsregion.

Die »Liebe zur Heimat« in diesem Sinn macht auch vor bürgerlichen Teilen der Gesellschaft und Teilen der Linken, die sich national orientieren, nicht halt. Verwurzelung wird gegen »Heimatlosigkeit« und »Wurzellosigkeit« gesetzt. Es handelt sich um einen groß angelegten Angriff auf den Kosmopolitismus, der den Anspruch auf die Geltung universeller Menschenrechte als Basis hat. Damit verbunden ist auch das antisemitische Stereotyp der angeblich heimatlosen Jüd\*innen, der Angriff auf weltoffene Menschen dient hier als Code für das, was (noch) nicht wieder offen ausgesprochen werden darf. Doch auch daran arbeiten die Rechten intensiv, sie diskreditieren die politische Korrektheit und fordern, auch noch so menschenfeindliche Meinungen müssten zugelassen und angehört werden.

»Heimat« wird in rechten Kreisen gleichbedeutend mit dem im NS-Faschismus verwendeten Begriff der Volksgemeinschaft benutzt. Kapital und Lohnarbeiter\*innen sollen gemeinsam für die »Heimat« bzw. die Nation arbeiten.

Hier setzt auch die sogenannte Elitenkritik der Rechten an. Sie kritisieren eine Elite, die mit universellen Werten die angebliche »Heimatverbundenheit« des mittelständischen, nationalgebundenen Kapitals und der Lohnabhängigen untergrabe und sich von ihnen entferne. Sie stellen sich selbst dagegen als Vertreter\*innen einer Elite aus einer Zeit dar, bei der Herrschende, zu denen sie sich selbst zählen, und Beherrschte noch in Harmonie zusammenwirkten, die verlorengegangen sei und wiedergewonnen werden müsse.

Viele Menschen sehen sich durch kosmopolitische, das heißt weltoffene, aufgeklärte an universellen Werten orientierte Menschen und Entwicklungen bedroht. Im rechten Feindbild sind Kosmopolit\*innen Menschen, die überall zu Hause sein können. Die, die sich selbst an einen Ort gebunden fühlen, haben Angst ihre althergebrachten Privilegien zu verlieren. Wenn zum Beispiel patriarchal-kapitalistische Herrschaftsstrukturen in Frage gestellt werden, können Männer tendenziell weniger von der verschärften Ausbeutung von Frauen profitieren. Die von der Frauenbewegung erkämpfte bürgerlich-rechtliche formale Gleichstellung von Frauen stellt Vorteile in Frage, die Männer allein aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit genießen konnten.

Auch Menschen mit tradierter heterosexueller Lebensweise geraten unter Druck. Sie befürchten ihre Vorzugsbehandlung zu verlieren, weil Lebensentwürfe, die von der

heterosexuellen Normierung abweichen, gesellschaftlich an Akzeptanz gewinnen. Sie werden anfällig für homophobe Ideologien.

Der Rassismus gründet u. a. im Anspruch auf die Vorzüge, die eine auf dem Imperialismus der kapitalistischen Zentren beruhende Lebensweise bietet.<sup>28</sup> In rechten Ideologien werden Menschen entsprechend ihrer Herkunft unterschiedlich bewertet und die soziale Gleichheit der Menschen abgelehnt. Dies dient den Rechten auch dazu, die verschärfte Ausbeutung Anderer zu rechtfertigen. Damit erzeugen sie vermeintlich einen Schutzraum für die durch den jahrhundertlangen Kolonialismus und Imperialismus bedingten Vorteile der Bevölkerung in den kapitalistischen Zentren.

Während auf der Straße eine rassistische Bürger\*innenmobilisierung sich Räume schafft, herrscht in den Repressionsapparaten eine sicherheitspolitische Logik der präventiven Aufstandsbekämpfung. Durch die wachsenden staatlichen Überwachungsmöglichkeiten und -maßnahmen wird das Recht auf Privatsphäre grundsätzlich aufgehoben. Indem in Frage gestellt wird, dass die Freiheit des Individuums über dem Staat steht, wird die bürgerliche Demokratie außer Kraft gesetzt.

Die Wahlergebnisse des Jahres 2018 zeigen einen immer stärkeren Zerfall der SPD. Auch die CDU verliert, die Hetze der CSU, insbesondere von Horst Seehofer als Frontmann, führten nur dazu, dass rechte Positionen immer hoffähiger werden und rechts denkende Menschen lieber gleich das Original, die AfD, wählen. Der Versuch führender CSU-Politiker\*innen, rechtsradikale Positionen in der eigenen Partei zu stärken ist selbstzerstörerisch. Denn deshalb wendet sich auch ein Teil ihrer Wähler\*innen auf der liberalen Seite, die noch nicht ganz verroht sind, von der CSU ab hin zu den Grünen. Sie halten die Grünen für eine mildere parteipolitische Alternative, in der Menschlichkeit noch eine Rolle spielt. Tatsächlich sind die Grünen aktiv daran beteiligt, die Gesellschaft immer weiter nach rechts zu verschieben. Überall, wo sie an der Regierung beteiligt sind, tragen sie die fortschreitende Einschränkung von Menschenrechten und Grundrechten mit. Sie haben die Grundlage für das Abholzen des Hambacher Forsts geschaffen, als sie in Nordrhein-Westfalen zusammen mit der SPD regierten. Es reicht ihnen nicht Menschenrechte zu missachten, indem sie gegen offene Grenzen für Geflüchtete sind. In Baden-Württemberg tragen sie mit einem der schärfsten Polizeigesetze und der Ausweitung der Repressionsinstrumente zum Rechtsrutsch bei.

Die SPD versteht nicht, dass sie von Wähler\*innen verlassen wird für ihr Verarmungsprogramm für Millionen mit der Agenda 2010, mit der Schaffung eines Niedriglohnssektors, mit dem diskriminierenden und abwertenden Hartz-IV-Gesetz, der Steuerbefreiung für Reiche, der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Profite der Konzerne und mit der Aufhebung der Gewerkschaftsfreiheit in den Betrieben durch das Tarifeinheitsgesetz, nach dem nur noch die von der größten Gewerkschaft vereinbarten Tarife gelten. Die

Lohnabhängigen spüren die Folgen der SPD-Politik am eigenen Leib und es wird immer schlimmer. Heute sind Sozialdemokrat\*innen europaweit korrumpiert und diskreditiert, weil sie an Strategien zur verschärften Ausbeutung und Zerrüttung der sozialen Sicherungssysteme beteiligt waren, deren einziger Zweck darin bestand, die Spielräume des Kapitals zu erweitern.

Die SPD war einst angetreten, die Lebensverhältnisse der Menschen *innerhalb* des kapitalistischen Systems zu verbessern. Sie verbreitete die Illusion, so gleichsam automatisch zu dessen Ende beizutragen, und damit die Möglichkeit eines evolutionären Übergangs in den demokratischen Sozialismus zu schaffen. Eine leere Verheißung. Die Sozialdemokratie und die an sie gebundenen Gewerkschaften helfen dem Kapital, die physische und psychische Verelendung der Lohnabhängigen innerhalb und außerhalb der Lohnarbeit voranzutreiben. Sie fingen Wellen des Klassenwiderstandes wie Streiks flexibel ab, gaben eine Zeit lang nach, verteilten etwas um nach unten, um dann wieder die Zügel anzuziehen, wenn die Menschen müde vom Kämpfen waren.

Ein Teil der enttäuschten sozialdemokratischen Wähler\*innen rückt nach rechts und geht zur AfD, diejenigen die noch an alten sozialdemokratischen Werten hängen, meinen ihre Positionen am ehesten bei den Grünen wiederzufinden. Lohnarbeiter\*innen, die sich ihrer sozialen Lage bewusst sind und wissen, dass sie im Kapitalismus zu den Kleinen gehören, gehen zur Linkspartei. Zum Teil basiert dabei die Entscheidung für die Linkspartei auf rassistischen Motiven, da viele mit den Grünen eine Geflüchteten-freundliche Politik verbinden und diese ablehnen.

Die Grünen können im Herbst 2018 von der Situation profitieren, weil sie mehr Wähler\*innen sowohl aus der saturierten als auch aus der nicht saturierten Mittelschicht gewinnen können. Aus ihrer Mittelschichtposition heraus wollen diese Wähler\*innen human sein und befürworten eine begrenzte systemimmanente Umverteilung, obwohl sie zu den gesellschaftlich Bessergestellten zählen.

In Bayern verlor die SPD bei der Landtagswahl im Oktober 2018 fast die Hälfte ihrer Wähler\*innen und dabei die meisten Stimmen an die Grünen. Das sind 16,5 Prozent der Stimmen, die die SPD 2013 insgesamt noch hatte. Wenn mensch die Stimmen zusammenzählt, die die SPD 2018 an CSU, Freie Wähler und AfD verlor, sind das nochmal genauso viele. Von der höheren Wahlbeteiligung konnte sie nicht profitieren.

Der CSU nutze ihr rassistischer Wahlkampf nichts, er führte wie zu erwarten war zu einer Rechtsverschiebung hin zur AfD. So verlor die CSU an ihrem rechten Rand viele Wähler\*innen zu gleichen Teilen an die rechtskonservativen Freien Wähler und an die rechtsradikale AfD. Von den rechtsliberalen Wähler\*innen wandten sich viele von der CSU ab hin zu den liberaler erscheinenden Grünen und ein geringerer Teil zur wirtschaftsnahen FDP. Damit

hat die CSU zu beiden Seiten verloren. Insgesamt verlor sie deutlich mehr als sie durch die rassistische Hetze gegen Geflüchtete von früheren SPD-Wähler\*innen und Nichtwähler\*innen erhielt.

Die Linkspartei wurde von den Wähler\*innen nicht als Gegengewicht zur Rechtsverschiebung wahrgenommen. Sie konnte ihr Ergebnis im Vergleich zu 2013 nicht wesentlich verbessern. Die Linkspartei kam wieder nicht ins Parlament. Bei der Bundestagswahl 2017 hatte sie in Bayern noch 6,1 Prozent bekommen.<sup>29</sup>

Die AfD erhielt die meisten ihrer Stimmen von bisherigen Nichtwähler\*innen, die sie mit ihren rechtsradikalen Positionen mobilisieren konnte, dicht gefolgt von früheren CSU-Wähler\*innen. Außerdem rückten viele Wähler\*innen der Freien Wähler ganz nach rechts zur AfD.

Bei der Landtagswahl in Hessen 2018 konnte die AfD ihren Stimmenanteil verdreifachen. Sie bekam dabei 96 000 Stimmen von unzufriedenen früheren CDU-Wähler\*innen und 39 000 von bisherigen SPD-Wähler\*innen. 17 000 Stimmen bekam sie von der rechtsliberalen FDP. Der Anteil, den die AfD von bisherigen Nichtwähler\*innen für sich mobilisieren konnte, fiel bei der Hessenwahl nicht ins Gewicht.

Die Linkspartei bekam mit 25 000 für ihre Verhältnisse relativ viele Stimmen von früheren SPD-Wähler\*innen. Gleichzeitig wanderten 15 000 ihrer Wähler\*innen zur rechtsradikalen AfD, so dass sie ihr Ergebnis im Vergleich zu 2013 kaum verbessern konnte.

Die Faschisierung, das heißt die Integration von immer mehr menschenfeindlichen Elementen in die staatlichen Institutionen in immer mehr Ländern, betrifft alle Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Immer mehr Menschen sind davon betroffen. Autoritäres Staatshandeln, Herrschaftsattitüden in neuem Gewand, der Kampf gegen die Stärkung der zivilen Gesellschaft und gegen die Abgabe von Rechten an nichtstaatliche Organisationen, nimmt zu. Die faschistoide Menschenfeindlichkeit findet ihren Niederschlag auch in den Medien, die zum Teil meinen, gegen den Vorwurf der Rechten anschreiben zu müssen, sie seien zu progressiv und einseitig in ihrer Berichterstattung.

In der Wochenzeitung »DIE ZEIT« stellten Caterina Lobenstein und Miriam Lau am 12. Juli 2018 zur Debatte, ob es legitim sein kann, Geflüchtete im Mittelmeer nicht zu retten, sondern ertrinken zu lassen. Miriam Lau beschreitet dabei den Weg in die offene Barbarei, wenn sie u. a. schreibt: »Das Ertrinken im Mittelmeer ist ein Problem [...] zu dessen Lösung die private Seenotrettung null und nichts beizutragen hat.«<sup>30</sup> Der stellvertretende Chefredakteur Bernd Ulrich, der findet, dass der Rassist Thilo Sarrazin grundsätzlich die richtigen Probleme anspricht, entschuldigte sich später lediglich dafür, dass die Gefühle der Zeit-Leser\*innen verletzt worden wären. An der Forderung, Menschen durch Nichthandeln ertrinken zu lassen,

um sie abzuwehren oder abzuschrecken, zeigt sich die große Linie der Faschisierung in Europa.

Der Chefredakteur der ZEIT Giovanni di Lorenzo, der 2015 die Position von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Grenzen 2015 aus humanistischen Gründen zeitweise zu öffnen, unterstützt hatte, sagt heute im Absturz der Gesellschaft nach rechts und diesen bestärkend, dass dies ein Fehler gewesen sei.

Das ist sehr nah bei dem Rechtsradikalen Alexander Gauland, der dazu auffordert, die Menschen müssten schreckliche Bilder von Ertrinkenden und Ertrunkenen aushalten, damit die mörderische Abschottung weiter gehen kann.<sup>31</sup>

Tatsächlich ist es der EU gelungen, die private Seenotrettung, die eine Zeit lang tausenden Menschen auf dem Mittelmeer das Leben rettete, auszuschalten. Staaten ziehen ihre Zulassung für die Rettungsschiffe zurück, die Schiffe wurden beschlagnahmt, die Besatzungsmitglieder festgenommen und mit fadenscheinigen Begründungen angeklagt. Ihnen drohen jahrelange und jahrzehntelange Haftstrafen.

Gesellschaftlich verschiebt sich auch das soziokulturelle Klima nach rechts. In weiten Teilen gibt es bereits die Tendenz zum Zurückweichen vor den Rechten. Die Wahlerfolge der rechtsradikalen AfD und rechtsradikale Aktionen auf der Straße verleihen den menschenverachtenden Inhalten der Rechten eine vermeintliche Relevanz. Sie beginnen Einfluss auf die politische Bildung in den Schulen zu nehmen. Sie drohen Lehrer\*innen, die in ihrem Unterricht offen demokratische und menschenfreundliche Positionen vertreten und die AfD kritisieren, in sogenannten Lehrer\*innenmeldeportalen im Internet an den Pranger zu stellen.

In Dessau sagte die rechtslastige Direktorin des Bauhauses ein vom ZDF geplantes Konzert mit der Punkrock-Band Feine Sahne Fischfilet ab, nachdem rechte Gruppen und die rechtsradikale AfD mit Protesten gedroht hatten. Die CDU in Dessau schloss sich der Forderung der AfD, das Konzert abzusagen, im Stadtrat an. Hier beginnt bereits der Schulterschluss einer rechtsbürgerlichen Partei mit der radikalen Rechten. Dagegen wehrten sich das ZDF und Feine Sahne Fischfilet gemeinsam. Das ZDF erklärte, dass Feine Sahne Fischfilet in seiner Bauhaus-Serie natürlich auftreten kann und suchte und fand einen anderen Veranstaltungsort in Dessau. Vor dem Konzert im Veranstaltungszentrum Bauhaus fand eine Kundgebung gegen die rechte Vereinnahmung von Kunst statt. Der fortschrittliche, ehemalige Direktor des Bauhauses in Dessau Philipp Oswald forderte in Erinnerung an die NS-Verbrechen gegen das Bauhaus und an den Widerstand des Bauhauses den CDU-Kulturminister Rainer Robra zum Rücktritt aus dem Stiftungsrat der Stiftung Bauhaus und zum Verlassen des ZDF-Fernsehrats auf.<sup>32</sup>

Die Rechten setzen auch Medienvertreter\*innen erfolgreich unter Druck. In einer von der AfD durchgeführten Podiumsdiskussion diskutierten je ein Vertreter der ARD und des ZDF mit AfD-Vertretern und anderen Rechten über die Rolle der öffentlich rechtlichen Medien bei der Berichterstattung über die Rechten. Dabei machten sie einen Kniefall vor der AfD und betonten, die Positionen der AfD würden bei ihnen angemessen berücksichtigt. Insbesondere der Vertreter der ARD ging in dieser Hinsicht sehr weit. Die AfD hoffieren heißt, die Berichterstattung nach rechts zu verschieben.

Eckhard Jesse, ein Chemnitzer Politikwissenschaftler, ist ein Vertreter der Gleichsetzung zwischen rechts und links, mit der die menschenfeindliche rechte Gewalt verharmlost und der linksradikale Kampf für eine menschliche Gesellschaft diskreditiert werden soll. Er hat für seine Extremismustheorie das Bild eines Hufeisens geschaffen und behauptet die Anschauungen, die sich gesellschaftlich an den Rändern befinden, hätten in Wirklichkeit eine starke Nähe zueinander. Die Extremismustheorie ist eine Spielart der Totalitarismustheorie, bei der die Verbrechen des NS-Faschismus mit dem Kommunismus und Bestrebungen ihn zu erreichen gleichgesetzt werden. Dabei sind die Ausbeutung des Menschen, die Zerstörung der Natur, bedingt durch den Zwang zur Profitmaximierung, Wesensmerkmale des Kapitalismus. Die Herrschaftsform des Faschismus bringt dieses Wesen des Kapitalismus nur zur vollen Entfaltung. Die stalinistischen Verbrechen in den bürokratischen Kommandowirtschaften dagegen widersprachen der kommunistischen Idee der sozialen Gleichheit der Menschen und des basisdemokratischen herrschaftsfreien Zusammenlebens grundlegend.

Kurz vor der Landtagswahl in Hessen tat sich der Parteivorsitzende der Grünen Robert Habeck damit hervor, der Bild-Zeitung ein Interview zu geben, in dem er die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2015 kritisierte. Wer so eine Zeitung nicht boykottiert, sondern ihr Interviews gibt, muss damit rechnen, dass die rechte Zeitung seine Position gegen offene Grenzen noch zuspitzt, was auch geschah. Trotz bereits sehr guter Umfragewerte für die Grünen hoffte er darauf, so noch einige rechts eingestellte Wähler\*innen für die Grünen gewinnen zu können. Scheinheilig kritisierte er u. a., dass Merkel in der EU keine Alternativen zum sogenannten Dublin-Verfahren erzielt hätte. Das Dublin-Verfahren regelt, dass die Länder in denen Geflüchtete zuerst ankommen, die Hauptlast tragen müssen. Dabei verschwieg Habeck, dass das Dublin-Verfahren, das seit 2003 gilt, unter einer Rot-Grünen-Bundesregierung beschlossen wurde.<sup>33</sup> Seine grundsätzliche Position gegen offene Grenzen hatte Habeck schon im April 2018 klar und deutlich formuliert. In einem Interview mit der Zeit nannte er es einen entscheidenden Fehler, dass Angela Merkel nicht klargemacht habe, dass die Öffnung der Grenzen von 2015 nur ein einmaliges Ereignis gewesen sein könne.<sup>34</sup> Dass Migration eine Folge der zerstörerischen Politik der kapitalistischen Staaten und der Praxis ihrer Konzerne in der Peripherie der Zentren und besonders außerhalb der Zentren des Kapitalismus ist, dass Ressourcen grenzenlos und menschenverachtend ausgebeutet, eigenständige wirtschaftliche Entwicklung unterdrückt

und Industrie und Arbeitsplätze in diesen Ländern zerstört werden, interessiert Habeck und Co null.

Die Abschottungsbestrebungen der bürgerlichen Parteien und die schrittweise Faschisierung der Gesellschaft erlauben es den radikalen Rechten und Faschist\*innen auf immer höherer Stufe ihre Angriffe auf von ihnen ausgegrenzte Menschen in Reden und in Taten auf der Straße durchzuführen.

Bundeskanzlerin Merkel hat dem rechten bis faschistischen Druck in Deutschland und in der EU nachgegeben und ist in der Frage des Umgangs mit Geflüchteten weitgehend umgekippt. Das schließt an die vor dem Sommer 2015 von ihr vertretene Politik an. Die bürgerlichen Parteien CDU/CSU/SPD/FDP/Grüne haben einen wesentlichen Teil zu der Rechtsentwicklung beigetragen. Sie haben im Interesse des Kapitals mit ihrer Niedriglohnpolitik, mit der Agenda 2010 und mit den Hartz-Gesetzen die materielle Verarmung breiter Bevölkerungsteile im Interesse des Kapitals vorangetrieben und die Zerstörung der soziokulturellen Grundlage der DDR zu verantworten. Sie sind verantwortlich für den Aufbau der sogenannten Grenzschutzagentur Frontex, deren quasi militärische Einsätze von Anfang an dazu dienten, Geflüchtete von Europa fernzuhalten. Sie haben direkt nach dem Sommer 2015 dazu beigetragen, dass die Fluchtrouten versperrt wurden, indem sie innerhalb der EU beispielsweise duldeten, dass die ungarische Regierung an der EU-Außengrenze Zäune baute. In den EU-europäischen Exklaven Ceuta und Melilla gibt es befestigte und mit messerscharfen Klingen bestückte Grenzzäune gegen Geflüchtete schon lang. Die deutschen Regierungen kooperieren mit der libyschen Regierung dabei, Geflüchtete in Lagern gefangenzuhalten. Viele von ihnen werden gefoltert, vergewaltigt und versklavt. Zur Abwehr von Geflüchteten macht die deutsche Regierung auch Deals mit dem türkischen Staatspräsidenten Erdogan, der das politische System der Türkei in eine islamistisch faschistoide Diktatur verwandelt hat.

Zu den Rahmenbedingungen der Faschisierung in EU-Europa zählt u. a. der Brexit, eine Auswirkung zunehmender sozialer Verhärtung und Kälte. Die Entscheidung für den Brexit war ganz wesentlich auch einem mit der Rechtsentwicklung in EU-Europa zusammenhängendem Abschottungsbedürfnis einer mindestens zeitweise tonangebenden Mehrheit der Menschen mit britischer Staatsbürger\*innenschaft gegenüber Geflüchteten bzw. Migrant\*innen geschuldet. Kurz- und mittelfristig wird der Brexit der britischen Wirtschaft schaden. Mindestens langfristig wird Großbritannien im gegenseitigen Interesse insbesondere der großen Konzerne Sonderkonditionen beim Handel mit den EU-Ländern bekommen.

Rechtsnationale, Rechtsradikale und Faschist\*innen sind auf dem Vormarsch in ganz EU-Europa. In Ungarn, Polen, Österreich, Italien und Dänemark regieren sie, allein wie in Ungarn oder in Koalitionen. In Dänemark lässt sich die rechte Minderheitsregierung immer wieder von der rechtsaußen Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti, DF) unterstützen.

In Griechenland regiert die von ihrer Entstehungsgeschichte her linkssozialdemokratische Syriza (Synaspismos Rizospastikis Aristeras – Koalition der Radikalen Linken) mit der rechtsnationalen Anel (Aneksartitoi Ellines – Unabhängige Griechen). Gemeinsam setzten sie die EU-Sparauflagen gegen die griechische Bevölkerung durch. Weil die griechische Regierung einen Kompromiss mit der Regierung des Ex-Jugoslawischen Mazedonien schloss, in dem sie dem Staat nach jahrelangem Streit den Namen »Nord-Mazedonien« zugesteht, obwohl es eine griechische Region mit dem Namen Makedonien gibt, sind Anel-Abgeordnete abgesprungen. Die griechische Regierung hat jetzt nur noch eine Mehrheit von zwei Stimmen im Parlament. Daher sind vorgezogene Neuwahlen zum griechischen Parlament möglich, die zusammen mit der Europawahl am 26. Mai 2018 stattfinden könnten.<sup>35</sup>

In Litauen versucht die von der rechtskonservativen Bauernpartei geführte Regierung den öffentlich rechtlichen Rundfunk unter ihre Kontrolle zu bringen und die Pressefreiheit zu beschneiden. Medienvertreter\*innen sprechen von einer »Orbanisierung« des öffentlichen Rundfunks nach dem Vorbild Ungarns und Polens.<sup>36</sup>

In Schweden konnte nach der Parlamentswahl im September 2018 bis Mitte Januar 2019 keine neue Regierung gebildet werden. Die Regierungsbildung war schwierig, weil sich im schwedischen Parlament ein rot-grüner Block mit 144 Sitzen und ein wirtschaftsliberal-konservativer Block mit 143 von insgesamt 349 Sitzen unversöhnlich gegenüberstanden. Die beiden festgefügtten Blöcke hatten 31 bzw. 32 Sitze zu wenig, um allein eine Regierung bilden zu können. Das stärkte die Position der rechtsradikalen Schwedendemokraten, die mit 17,5 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft im Parlament wurden und nun 62 Sitze im Parlament haben. Erst nachdem die Sozialdemokraten und Grünen der Zentrumspartei und den Liberalen aus dem wirtschaftsliberal-konservativen Block gegen die Lohnabhängigen gerichtete Zugeständnisse wie die Lockerung des Arbeitsrechts versprochen, konnte eine Minderheitsregierung gebildet werden, die nicht auf die Stimmen der Schwedendemokraten angewiesen ist.<sup>37</sup>

In den meisten EU-europäischen Parlamenten sitzen rechtsnationale, rechtsradikale und faschistische Parteien. Zwischen 2014 und 2018 hatten 13 dieser Parteien zweistellige Wahlergebnisse. In Polen, Österreich, Slowenien, und Dänemark und Belgien hatten sie zwischen 38 und 20 Prozent der Stimmen, in Finnland, Schweden, Italien, Lettland, Frankreich, Niederlande, Deutschland und Tschechien zwischen 20 und 10 Prozent und in Bulgarien, Griechenland, Slowakei und Litauen zwischen 10 und 5 Prozent.<sup>38</sup> In Ungarn, das auf dem Weg in den Faschismus in EU-Europa bisher am weitesten fortgeschritten ist, hat die faschistische Jobbik 19,1 Prozent und die allein regierende rechtsradikale Fidesz (Ungarischer Bürgerbund) über 49 Prozent.



In Österreich koalitiert die weit nach rechts gerückte nationalkonservative Partei Österreichs ÖVP mit den Faschist\*innen der Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hat kein Problem damit, dass sein Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) mindestens eine Nazi-Vergangenheit hat. Die rassistische Politik der österreichischen Regierung ist eine Grundlage dafür, dass Kurz sich gut mit dem rechtsaußen Ministerpräsident Ungarns Victor Orbán versteht und kooperiert.

Horst Seehofer und Markus Söder, die in Bayern und auf Bundesebene die rechtskonservative Politik der CSU immer weiter nach rechtsaußen verschieben, gehen perspektivisch mit Kurz und Strache in Österreich und Orbán in Ungarn eine weit rechts stehende Verbindung ein, die erweitert um Italien mit dem Innenminister Matteo Salvini von der rechtsradikalen Lega an das Bündnis der europäischen Achsenmächte der Zeit des NS-Faschismus anknüpft. Nach einem Treffen mit dem deutschen Innenminister Horst Seehofer im Juni 2018 sprach Österreichs Bundeskanzler Kurz davon, es müsse eine »Achse der Willigen« bei der Abwehr von Geflüchteten geben. Die rassistische »Achse der Willigen« soll zwischen Rom, Berlin und Wien geschaffen werden.<sup>39</sup>

Die Visegrád-Gruppe aus Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn in EU-Osteuropa hat ihren Ursprung in der Zeit der 1990er-Jahre, als diese Länder um den Beitritt zur EU noch verhandelten.<sup>40</sup> Trotz zum Teil starker Differenzen, zum Beispiel was das Verhältnis zur Russischen Regierung<sup>41</sup> angeht, eint ihre Regierungen das besonders starke Bestreben Geflüchtete abzuwehren und keine Geflüchteten nach bestimmten von der EU festgelegten Quoten aufnehmen zu müssen.<sup>42</sup>

Das besondere Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich gewinnt weiter an Bedeutung innerhalb EU-Europas und für die innerimperialistische Konkurrenz insbesondere zu den USA. Es handelt sich um ein Staatenbündnis zweier Imperialismen innerhalb EU-Europas. Innenpolitisch hat die Politik der deutschen Regierungen mit dem sozialen Terror insbesondere seit der Rot-Grünen-Regierung um das Jahr 2000 Vorbildcharakter für die französische Regierung.

Die rechte Stimmung und Zustimmung zu rechten Positionen erlaubt es den Regierungen in EU-Europa, Rechte der Lohnabhängigen zu beschneiden und abzuschaffen. In Frankreich schliff Staatspräsident Macron die 35-Stunden-Woche. Die Sozialistische Partei Frankreichs (PS) war bei diesem Versuch zuvor noch am Widerstand der Lohnabhängigen gescheitert. Da es das französische Kapital nicht schaffte, mit den ihm bisher treu verbundenen und traditionell verankerten Parteien die Kosten der Arbeit zu senken, bedurfte es einer neuen, unverbrauchten wirtschaftsliberalen, rechtstechnokratischen Bewegung ohne die Last verbrauchter traditioneller Bindungen. »En Marche!« bzw. »La République en Marche!« (»Die Republik in Bewegung«) wurde u. a. vom späteren Staatspräsidenten Emmanuel Macron ins Leben gerufen. Die »Bewegung« trägt seine Initialen und konnte, als sie mit ihm an die

Regierung gekommen war, sogar damit beginnen, die besondere Absicherung der Bahnarbeiter\*innen zu zerstören, deren Gewerkschaft traditionell besonders kampffähig ist. Im Juni 2018 stimmten die beiden französischen Parlamentskammern den unsozialen Plänen von Präsident Emmanuel Macron zu. Damit wird die Staatsbahn SNCF für den Wettbewerb geöffnet und nach Vorbild der Deutschen Bahn in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die Bahnarbeiter\*innen hatten mit der längsten Streikwelle seit Jahrzehnten gegen die Pläne der Regierung gekämpft.

Insgesamt gesehen entwaffnet der Rechtsrutsch auch die Arbeiter\*innenbewegung und macht es der Regierung leicht, die soziale Rechte der Lohnabhängigen immer weiter zu beschneiden. Entsolidarisierung und Spaltung sind Mittel, die Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen zu schwächen.

Erfolgreiche jahrzehntelange und seit Anfang der 2010er Jahre zum Teil militante Kämpfe gab es in Frankreich gegen den Neubau des Flughafens Notre-Dame-des-Landes, einer kleinen Gegend in Westfrankreich.<sup>43</sup> Das Bündnis von Bäuer\*innen mit Menschen aus dem alternativen Milieu, die im Rahmen der Besetzung des Baugebiets von außen in die Region kamen war so stark, dass die Regierung auch mit massiver Polizeigewalt den Widerstand vor Ort nicht brechen konnte. Die Aktionen bewirkten, dass der Flughafen jetzt in einer anderen Region gebaut wird.

Zur Zeit ist der französische Staatspräsident Macron konfrontiert mit einer massiven Bewegung aus der unteren Mittelschicht und der Unterschicht, die sich in Frankreich gegen seine auch von der EU und von der deutschen Regierung diktierten Politik auflehnt. Macron wollte das französische Staatsdefizit entsprechend der EU-Vorgaben mit Gewalt nach unten drücken.

Die Bewegung der »gelben Westen«, der »gilets jaunes« entstand aus dem Protest gegen die Erhöhung der Steuern auf Treibstoff und mündete in einen Widerstand, der inzwischen Aufstandscharakter besitzt. Die Steuern, die Macron erhebt, treffen vor allem Arme und Lohnabhängige. Die Kraftstoffsteuer ist keine Ökosteuer für Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe. Sie soll nur ausgleichen, was Macron den Reichen und Konzernen an Steuererleichterungen gewährte und den Staatshaushalt stabilisieren.

Den Ursprung der Bewegung bildeten gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeiter\*innen, insbesondere solche die in Randgebieten der großen Städte, in Kleinstädten und ländlichen Gebieten wohnen. Sie sind gezwungen, weite Strecken zur Arbeit mit dem Auto zu fahren, weil dafür keine geeigneten öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung stehen. Sie müssen schon jetzt einen großen Teil ihres Lohns für die Fahrt zur Lohnarbeit aufwenden. Sie arbeiten in der Produktion und werden gesellschaftlich weniger geachtet als Angestellte im sogenannten Dienstleistungssektor.

Nach und nach schlossen sich auch Schüler\*innen und Studierende der Bewegung an, die traditionell besonders kämpferischen Eisenbahner\*innen, die mit ihrer Gewerkschaftsführung unzufrieden sind, bis hin zu antirassistischen Initiativen gegen Polizeigewalt.

Die Bewegung versteht sich nicht ausdrücklich als links. Ihre Forderungen bewegen sich in einem Rahmen, der sich tendenziell nach links entwickelt, ohne bisher das menschenfeindliche kapitalistische Wirtschaften in Frage zu stellen. Daran kratzen sie nur und versuchen eine Neubelebung klassischer sozialdemokratischer Politik. Sie wollen auch gut leben und haben genug von der Zermürbung in der vom Tempo kapitalistischer Verwertung abhängigen Arbeit, genug von der psychischen und physischen Verelendung ihrer Arbeitsbedingungen.

Das mit Pegida, einigen Tausend Menschen, zu vergleichen, zeugt von wenig Analysefähigkeit oder Diffamierungsabsicht. Bei Pegida ist die Bewegung strukturell antisemitisch und rassistisch. Sie ist die Bewegung des Teil des Bürgertums der verroht ist oder brutalisiert wie Heitmeyer sagt.

Die Bewegung der gelben Westen ist auch anders als »aufstehen«. Eine Bewegung kann nicht aus einem Flügel bzw. einigen Personen einer Partei gegründet werden. Eine soziale Bewegung entsteht an der Basis, wie die Anti-Akw-Bewegung der siebziger Jahre, gegen alle Bundestagsparteien und gegen den Atomstaat und das Atomkapital und ist am Anfang keine linke Bewegung. Sie war eine Bewegung von linksradikal bis wertkonservativ, die fast ein halbes Jahr brauchte um Ökofaschist\*innen und linke Technikfetischist\*innen aus der Bewegung ausschließen.

Die dann mit der Breite ihrer Aktionen von militanten Bauplatzbesetzungen bis hin zu Straßentheater und Aufklärungsveranstaltungen Erfolg hat, die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung erobert, tendenziell antikapitalistisch wird und durch die militärischen Angriffe aus dem Staatsapparat (70iger Jahre) in eine Diskussion über die Notwendigkeit einer Vertretung im Parlament getrieben wird, die Grünen entstehen. Und auch hier am Anfang der Versuch von Nazis die Hegemonie zu gewinnen und letztlich ihr Ausschluss, z. B. die Wiking-Jugend in Berlin oder alle Sorten von Ökofaschist\*innen, von Shoah-Leugner\*innen wie Ursula Haverbeck bis hin zu Herbert Gruhl, der die seiner Meinung überfüllte Erde durch eine Atombombe retten wollte vor den Massen von, insbesondere im Trikont<sup>44</sup>.

Bisher werden erkannte Rechtsradikale aus den Demonstrationen der gelben Westen herausgeworfen und offener Rassismus und Antisemitismus sind nicht Teil der Forderungen dieser Bewegung. Es geht um die Erhöhung des Mindestlohns, so dass mensch von ihm leben kann, das Ende der Leiharbeit, die Begrenzung von befristeten Arbeitsverträgen, höhere Steuern für Konzerne und Reiche, um eine bessere Ausstattung der Schulen und gegen eine Hochschulbildung, die Menschen aus unteren Schichten ausgrenzt. Die gelben

Westen wollen, dass die Obdachlosigkeit abgeschafft wird. Sie sagen, dass das Rentensystem solidarisch und darum staatlich bleiben muss und keine Rente unter 1200 Euro im Monat sein darf. Löhne und Sozialleistungen sollen automatisch an die Inflation angepasst werden. Die französische Wasserstoffautoindustrie soll gefördert werden und dafür Vergünstigungen für Konzerne gestrichen werden. Die Sparpolitik soll beendet werden, Staatsschulden sollen nicht dadurch abgezahlt werden, dass den Armen und weniger Armen Geld genommen wird, sondern 80 Milliarden aus hinterzogenen Steuern sollen aufgespürt werden. Die gelben Westen wollen auch, dass Asylbewerber\*innen fair behandelt werden: »Sie brauchen Unterkunft, Sicherheit, Nahrung und Bildung für Minderjährige.«

Das maximale Gehalt soll auf 15 000 Euro monatlich begrenzt werden, Arbeitsplätze sollen geschaffen werden, die Leistungen für Menschen mit Behinderung erhöht werden und die Mieten begrenzt und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Der Verkauf von staatlichen Grundstücken und Einrichtungen, z. B. von Flughäfen soll verboten werden. Die Privatisierung der Gas- und Stromversorgung soll zurückgenommen werden, damit die Preise gesenkt werden können. Die gelben Westen wollen keine weiteren Schließungen von Bahnlinien, Postämtern, Schulen und Geburtskliniken. Der Gütertransport auf Schienen soll gefördert werden. Sie wollen, dass die Lebensqualität von älteren Menschen gesteigert wird und, dass es verboten wird, mit älteren Menschen Geld zu verdienen. Rente soll es mit 60 Jahren geben und alle, die körperlich schwer arbeiten, sollen das Recht haben, ab 55 Jahren in Rente zu gehen. Kinder, die keine Ganztageschule besuchen können, sollen über das sechste Lebensjahr hinaus bis zum zehnten Lebensjahr die Zuschüsse zur Betreuung bekommen.<sup>45</sup>

Die große Mehrheit der französischen Bevölkerung ist auf Seiten der Bewegung der »gelben Westen«. Die »gesitteten« Bürgerlichen aus der oberen Mittelschicht und der Oberschicht hingegen fürchten sich und verachten die »Gewalt« der unteren Schichten, die mindestens bis jetzt nichts anderes ist als Sachbeschädigung. Die Militanz der Bewegung ist die Reaktion auf die Gewalt der Herrschenden. Armut ist Gewalt. Leben, ausgebeutet und ohne Perspektive ist Leben unter Gewalt. Aber mancher, der von dieser ökonomischen Gewalt profitiert, verlangt von den Opfern gute Tischmanieren. Und ja, Aufstände reißen auch Menschen mit falschen Motiven mit.

In der taz hetzt Jan Feddersen gegen den linken Autor Édouard Louis, der für die »gelben Westen« Partei ergreift. Louis beschreibt die Verelendung und das Leid vieler Menschen in Frankreich. Er beschreibt die emanzipatorischen Chancen, die in der Bewegung stecken: »›Ich leide‹, kann man auf ganz verschiedene Weisen sagen. Eine soziale Bewegung ist der Moment einer Möglichkeit, dass Leidende etwas anderes sagen als: ›Ich leide unter der Einwanderung und weil meine Nachbarin Sozialhilfe erhält.‹ Dass sie sagen: ›Ich leide unter denjenigen, die regieren. Ich leide am Klassensystem. Ich leide unter Emmanuel Macron und Édouard Philippe.‹«

Und im Gegensatz zu Rechtsradikalen ist bei den gelben Westen nicht der UN-Migrationspakt, die sogenannte Masseneinwanderung oder der Neid auf die bescheidene staatlich finanzierte Versorgung von Geflüchteten das große Thema.

Aber Jan Feddersen hat für die angeblich rechte Gesinnung der gelben Westen und dafür, dass »sie sich en gros und en detail aus politischen Reservoirs der rechtspopulistischen bis rechtsextremen Bewegung um Marine Le Pen [speisen]« einen prominenten Kronzeugen, den demokratischen Antidemokraten Daniel Cohn-Bendit aus der saturierten Mittelschicht. Die Angst vor ungewisser Perspektive, die Angst vor der Dynamik dieser Art von Protesten wird von Feddersen nach rechts gewendet. Nur scheinbar ginge es der Gelbe-Westen-Bewegung um die Abwehr von »Ökosteuern«. In Wirklichkeit wollten sie »die Abschaffung eines multikulturellen Frankreichs demokratischer Prägung«. Arme seien sie nicht. Herablassend nimmt Jan Feddersen einen Aktivistin als Beispiel, der mit 2600 Euro »seine Schäfchen weitgehend im Trockenen« hätte. Wie viel muss Feddersen wohl selbst verdienen, um nicht (mehr) zu wissen, wie wenig Geld das sein kann, wenn mensch noch den Anspruch auf ein gutes Leben hat. Die meisten von ihnen können von ihrem Geld kaum leben und zum Beispiel ihren Kindern keine Schuhe kaufen, wie es eine Aktivistin in einem Interview beschrieben hat. Das verschweigt Feddersen.

Es ist schon unglaublich, wie Feddersen den völlig Verelendeten in seinem Text die Stimme nimmt durch die Form, in der er eine Aussage Louis' über seine Herkunft falsch zitiert, nämlich unvollständig: »Von diesen Menschen, deren Gesundheit von Elend und Armut ruiniert ist, hörte ich immer wieder, meine ganze Kindheit lang.«, schreibt er, sage Louis und Feddersen macht einen Punkt, wo im Original kein Punkt ist, sondern ein Doppelpunkt. Er macht aus Louis Aussage ein seltsames Fragment. Er lässt weg *was* Louis hörte, *was* die Armen sagen: »Auf uns zählt niemand. Von uns spricht niemand.«

Eine Bewegung wie die der gelben Westen geht nicht automatisch nach links, sie ist deswegen aber nicht per se rechts. Antiautoritäre Linksradikale müssen die Chance nutzen und die emanzipatorischen Ansätze stärken. Die antikapitalistischen Stimmen, die es jetzt schon in der Bewegung gibt, können noch lauter werden.

Der einem Aufstand gleichende Widerstand der »gelben Westen« zwang Macron dazu, einige Forderungen der gelben Westen mindestens vermeintlich zu erfüllen. Auf der einen Seite ist dies ein Erfolg ihrer Kämpfe. Auf der anderen Seite will Macron damit die Bewegung schwächen und spalten. Macron setzte die geplante Erhöhung der Kraftstoffsteuer zunächst nur für 2019 aus. Er versprach eine angebliche Erhöhung des Mindestlohns. Es handelt sich dabei aber nur um eine Aufstockung über eine staatliche Sozialleistung, die an eine Bedürftigkeitsprüfung gebunden ist. Die von Macron versprochene Befreiung von Überstunden von der Lohnsteuer nützt nur den etwa 40 Prozent der beim privaten Kapital Lohnarbei-

tenden, die in höheren Lohngruppen sind. Besonders »großzügig« ist, dass Macron Betrieben die Erlaubnis erteilt, dass sie, wenn sie wollen, ihren Lohnarbeiter\*innen freiwillige einmalige Prämien zahlen dürfen, auf die der Staat dann keine Steuern erhebt.

Die Zugeständnisse werden etwa 8 bis 10 Milliarden Euro kosten. Darauf, dass 4 Milliarden Euro durch die 2017 beschlossene Abschaffung der Vermögenssteuer von unten nach oben umverteilt werden, will Macron nicht verzichten. Er nimmt dafür lieber in Kauf, dass die EU voraussichtlich ein neues Defizitverfahren gegen Frankreich eröffnen wird, weil die Neuverschuldung damit mehr als 3 Prozent der französischen Wirtschaftsleistung betragen wird.

Ob die gelben Westen mittel- bis langfristig eine Barriere gegen den Rechtsrutsch in Frankreich sind, muss sich noch zeigen.

Im April 2018 wurde von der Regierung Macron als Gegenleistung für das rechte Wähler\*innenklientel das Asylrecht auch in Frankreich verschärft. In Österreich wurde die 60-Stunden-Woche erlaubt und eine Urlaubswoche gestrichen. Hier entlarvt sich die Vorstufe des Faschismus an der Macht als Feind der Lohnabhängigen. Sie macht deutlich, dass sie nur die Interessen des Kapitals verfolgt. Die ersten Lohnabhängigen, die sich weigerten der Arbeitszeitverlängerung zuzustimmen, wurden bereits entlassen.<sup>46</sup>

Die Koalition der nationalkonservativen ÖVP mit der rechtsradikalen FPÖ hat vereinbart, dass die Abschaffung der Notstandshilfe für Arbeitslose – vergleichbar mit der früheren deutschen Arbeitslosenhilfe – in seiner bisherigen Form 2019 beschlossen werden soll.<sup>47</sup> Vorbild für den Angriff auf die Lohnarbeitslosen ist das deutsche Hartz IV-System, d. h. die Zahlungen nehmen mit der Dauer der Arbeitslosigkeit ab bis zum Existenzminimum, Zumutbarkeitsgrenzen für Jobs, in die die Betroffenen hineingezwungen werden können, werden ausgeweitet und staatliche Transferleistungen gibt es ab einem bestimmten Zeitpunkt erst wieder, wenn die Lohnarbeitslosen ihr Vermögen aufgebraucht haben.

In Polen regiert seit 2015 die nationalkonservative bis rechtsradikale PiS (Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit) allein. Die Regierung ist antidemokratisch, homophob und frauenfeindlich. Seit die PiS regiert gibt es in Polen mehr Gewalt gegen Schwule. Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak diffamierte einen im August von LGBTIQ\*-Aktivist\*innen veranstalteten CSD als »Sodomiten-Parade«. 2016 stimmte das polnische Parlament in erster Lesung einem von der zusammen mit der katholischen Kirche vorangetriebenen absoluten Abtreibungsverbot zu, mit dem Frauen zurück ins Mittelalter verfrachtet werden sollten. Landesweite Demonstrationen und Frauenproteste mit insgesamt über 100 000 Teilnehmer\*innen konnten Anfang Oktober 2016 erreichen, dass das Gesetz in der zweiten Lesung scheiterte, und bescherten der Regierung eine heftige Niederlage.<sup>48</sup>

In Polen hat die Regierung Richter\*innen ausgetauscht, indem sie sie vorzeitig zwangspensionierte und ihre Posten mit Rechtsaußen-Jurist\*innen besetzte. Dies war ein Anschlag auf die Unabhängigkeit der Gerichte von politischer Einflussnahme und auf das bürgerlich-demokratische Prinzip der Gewaltenteilung.

Der Europäische Gerichtshof (EUGH) entschied im November 2018, dass die Richter\*innen auf ihre Posten zurückkehren müssen. Dennoch hat die polnische Regierung mit einer sogenannten Justizreform bereits vollendete Tatsachen geschaffen, die ihr dauerhaft einen entscheidenden direkten Einfluss auf die Justiz verschaffen.

Die EU hat zwar im September 2017 auch wegen anderer Verstöße gegen EU-Regeln ein sogenanntes Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags gegen Polen eingeleitet. Um effektiv zu sein, kam dies aber viel zu spät. Denn in diesem Artikel ist geregelt, dass als stärkste Sanktion gegen ein Mitgliedsland, das die Regeln der Rechtsstaatlichkeit verletzt, ihm die Stimmrechte im EU-Ministerrat bzw. im EU-Rat entzogen werden können. Allerdings kann diese Entscheidung durch ein Veto eines anderen Mitgliedstaats verhindert werden. Nachdem inzwischen mindestens vier EU-Mitgliedsländer rechtsradikal (mit)regiert werden, ist das Verfahren aussichtslos. So hat die ungarische Regierung, gegen die seit Dezember 2017 ebenfalls ein Rechtsstaatsverfahren läuft, bereits angekündigt, dass sie gegen eine Bestrafung Polens stimmen wird.

Die Situation in Italien ist desolat. Im Juni 2018 ist eine rechte Regierung aus Fünf-Sterne Bewegung (MoVimento 5 Stelle (M5S)) und der rechtsradikalen Lega an die Macht gekommen. Soziale Versprechen der Fünf Sterne wie die Schaffung eines Grundeinkommens haben zum Wahlerfolg der Rechten beigetragen. Das Grundeinkommen soll aber nicht dem Kapital abgerungen werden, sondern durch neue Staatsschulden finanziert werden. In der Regierung blockierte die Lega zunächst das Vorhaben. Anschließend wurde es von den Koalitionsparteien so stark abgeschwächt, dass lediglich eine Mindestversorgung für Bedürftige herauskam, die noch unterhalb des deutschen Hartz IV liegt.

Eine wirkliche kostenlose soziale Versorgung, einschließlich einer bedingungslosen sozial relevanten Grundsicherung, könnte nur durchgesetzt werden, wenn es einen permanenten Klassenkampf *von unten* gibt. Dieser müsste eine gleichstarke Gegenmacht zum Kapital institutionalisieren. Aber wenn sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis dementsprechend verändert hätte, wäre die Frage eines bedingungslosen Grundeinkommens überholt, denn dann könnte der Kapitalismus mittels einer sozialen Revolution abgeschafft werden.

Obwohl die Rechten in Europa den verarmten und abgehängten Menschen außer leeren Versprechungen nichts zu bieten haben, haben sie in EU-Europa inzwischen schon so viel Macht, dass sie eine autoritäre Neustrukturierung der Institutionen des Staates und eine rechtsangepasste Medienlandschaft durchgesetzt haben, die eine rechte Sozialisierung

möglich machen und unmenschliches, barbarisches Denken normalisieren und in den Strukturen der Gesellschaft verankern.

Die Verabschiedung einer EU-Verfassung, in der die Menschenrechte verbrieft sind, scheiterte, nachdem die französische und die niederländische Bevölkerung sie in Referenden abgelehnt hatte. Daher stehen die Grundrechte heute nur in einem Anhang zum Lissabon-Vertrag. Die EU ist nach wie vor vorrangig ein wirtschaftlicher Zusammenschluss. Auch das ist ein Grund dafür, dass die EU zum Beispiel nicht gegen die unmenschliche, frauenfeindliche Anti-Abtreibungspolitik der polnischen Regierung vorgeht. Sie duldet auch, dass in Österreich in der Tradition faschistischer Bevölkerungspolitik Land für Kinderzeugung vergeben wird. Ähnliche rassistische bevölkerungspolitische Anreize gibt es in Polen in Form von Geldprämien. Die ungarische Regierung unterstützt die rassistische Hetze gegen Roma und Sinti. Auch hier lässt die EU die Menschenfeinde gewähren.

Zwar gibt es durch Gerichtsentscheidungen des Europäischen Gerichtshofes verbesserte Vorgaben gegen Sexismus, aber die Praxis in EU-Europa ist zunehmend frauenfeindlich und homophob und in großen Teilen ein Rückschritt.

Befeuert durch den Brexit und die Politik der US-Regierung unter Donald Trump, die u. a. das gesamtimperialistische Militärbündnis der NATO in Frage stellt, werden die militärischen Karten in EU-Europa neu gemischt. Im Interesse des europäischen Kapitals soll eine eigenständige weltweit kriegsfähige EU-Militärmacht weiter aufgebaut werden.

Im November 2018 unternahmen der französische Staatspräsident Emmanuel Macron und die deutsche Bundeskanzlerin einen Vorstoß zum Aufbau einer europäischen Armee. Zur Begründung sagte Macron u. a., Europa müsse sich verteidigen können »mit Blick auf China, auf Russland und sogar auf die USA«. <sup>49</sup>

Im Anschluss daran sagte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede vor dem EU-Parlament zur Außen und Sicherheitspolitik: »Die Zeiten, in denen wir uns vorbehaltlos auf andere verlassen konnten, sind eben vorbei. Das heißt nichts anderes, als dass wir Europäer unser Schicksal stärker in unsere eigene Hand nehmen müssen, wenn wir als Gemeinschaft überleben wollen. [...] wir sollten – das sage ich aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre sehr bewusst – an der Vision arbeiten, eines Tages auch eine echte europäische Armee zu schaffen.« <sup>50</sup> Die im Dezember 2018 zur neuen CDU-Vorsitzenden gewählte Annegret Kramp-Karrenbauer fordert, dass auf »dem Weg dorthin [der] Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze der Bundeswehr ein Stück« zurückgefahren werden muss. <sup>51</sup>

Die deutsche und die französische Regierung rücken militärisch noch enger zusammen, insgesamt treibt der Brexit, also der Verlust der britischen Militärmaschinerie für die EU die



Militarisierung der übriggebliebenen EU-europäischen Länder voran. So entstehen beispielsweise gemeinsame sogenannte schnelle Brigaden, die gegen Russland gerichtet sind wie im Kalten Krieg. Das sogenannte Eurokorps ist eine militärische Befehlsstruktur der EU, die bis zu 60 000 Soldat\*innen befehligen kann. Wenn Krieg geführt werden soll, werden ihm europäische Truppenteile unterstellt. Mit der Deutsch-Französischen Brigade hat das Eurokorps bereits in Einsätzen in Ex-Jugoslawien und in Afghanistan sowie im Rahmen der NATO Response Force in 2006 und 2010 zusammen agiert.

Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU wurde das Konzept der sogenannten EU-Battlegroups entwickelt und verwirklicht. Die EU-Battlegroups, die in der Regel aus 1500 Soldat\*innen aus mehreren Ländern bestehen, sind schnelle Eingreiftruppen, die innerhalb von 10 Tagen einsatzbereit sind und nach weiteren 5 Tagen im Zielland sein können. Um diese Kurzfristigkeit gewährleisten zu können, werden jeweils zwei Battlegroups für einen Zeitraum von sechs Monaten in Bereitschaft gehalten. Danach übernehmen andere Kräfte die folgende Rotation. Bei einer Entsendung können die Kräfte 30 Tage lang autark operieren. Der Einsatzradius der EU-Battlegroups ist 6 000 km und reicht damit bis weit nach Russland hinein. Mit den Battlegroups erweitert die EU kontinuierlich ihre Kriegsführungsfähigkeiten.

Ein bedeutende Rolle in den EU-europäischen Kriegsplanungen und -aktivitäten spielt die sogenannte Deutsch-Niederländische Brigade, die auch Teil der bis zu 60 000 Soldat\*innen starken schnellen Eingreiftruppe der NATO Response Force (NRF) ist. In der Deutsch-Niederländische Brigade sind neben deutschen und niederländischen auch Soldat\*innen aus Belgien, Frankreich, Spanien, Dänemark, Norwegen und der Türkei vertreten.

Mit gemeinsamen Manövern, militärischen Machtdemonstrationen und Drohgebärden vor den Toren Russlands heizen verschiedene EU-Länder den Konflikt mit Russland weiter an. Vom 25. Oktober bis zum 23. November 2018 führte die NATO in und um Norwegen ihr größtes Manöver seit dem Kalten Krieg in nächster Nähe zu Russland durch, um die russische Regierung und die russische Armee abzuschrecken und zu provozieren. Zweitgrößte Truppenstellerin war nach den norwegischen Gastgeber\*innen die deutsche Bundeswehr.<sup>52</sup>

Nach einem militärischen Zwischenfall im Asowschen Meer, einem nördlichen Teil des Schwarzen Meers bei der Halbinsel Krim im November 2018, bei dem ukrainische Kriegsschiffe gegen Absprachen mit Russland verstießen und daher von russischen Schiffen beschossen und festgesetzt wurden, schlugen sich die EU-Mitgliedsstaaten sofort und undifferenziert auf die ukrainische Seite. Die rief sofort nach militärischer Unterstützung durch Deutschland und die NATO.<sup>53</sup>

Insgesamt gibt es auf EU-Ebene eine Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz zu Russland, die insbesondere von den osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU radikal betrieben wird. Die deutsche Regierung steht dabei den osteuropäischen Regierungen zur Seite. In der Ukraine unterstützt sie wirtschaftlich Mächtige, die angeblich Demokrat\*innen sein sollen. Die EU betreibt hier eine Destabilisierungspolitik, wie es verschiedene US-Regierungen im Nahen Osten gemacht haben, um ihren Einfluss auszuweiten. Der lächerliche Versuch, diese skrupellosen und korrupten Leute von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung zu Demokrat\*innen erziehen zu lassen, ist gescheitert. Die Autorität des ukrainischen Staates ist inzwischen soweit untergraben, dass Mord und Totschlag zum Alltag gehören. Gegen Sinti und Roma gibt es wie in Ungarn krassen Rassismus.

Im Dezember 2017 hat die EU unter der Bezeichnung PESCO (Permanent Structured Cooperation) eine verstärkte militärische Kooperation von 25 der 28 EU-Staaten beschlossen. Nicht dabei sind nur Großbritannien, Dänemark und Malta. U. a. sollen die Rüstungskonzerne der EU-Länder stärker miteinander verzahnt werden.<sup>54</sup> Die beteiligten Regierungen planen gemeinsame Rüstungsprojekte und eine effektivere gemeinsame Nutzung der Infrastruktur der verschiedenen Länder. Außerdem soll der EU-Rüstungsfonds, der von 2014 bis 2020 575 Millionen Euro umfasst, für die Jahre 2021 bis 2027 auf 17,22 Milliarden Euro verdreifacht werden.<sup>55</sup> Auch die einzelnen Länder selbst sollen mehr für Rüstung ausgeben als bisher.<sup>56</sup> Insgesamt soll damit die Kriegsfähigkeit erhöht werden und gemeinsame Kriegseinsätze schneller durchgeführt werden können.

Eventuell will auch Großbritannien trotz des Brexit an einem europäischen militärischen Bündnis teilhaben, weil die innerimperialistische Konkurrenz zu China und den USA dies erfordert. Die britische Regierung strebt einen militärischen »Sicherheitsvertrag« mit der EU an.<sup>57</sup>

Auch die mit der Aufrüstung verbundenen höheren Militärausgaben führen EU-weit zu Kürzungen im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich.

Im Bereich der Ökologie hat die EU verheerende Wirkungen. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen in EU-Europa zum Beispiel durch Atomenergie (Euratom, Finanzierung und Förderung der Atomenergie) und den Klimakiller Kohle schreitet voran.

Für die Rechten gibt es die Klimakatastrophe entweder gar nicht oder sie behaupten wie der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland, der Mensch sei nicht dafür verantwortlich und könne nichts dagegen tun.<sup>58</sup>

Es liegt im Wesen der EU als ökonomischer Zusammenschluss für die gesamtkapitalistischen Profitinteressen der europäischen Konzerne, dass sie die Zerstörung der Natur grundsätzlich vorantreibt. Sie fördert eine naturzerstörerische Form der industrialisierten,

durch massenhaften Einsatz von Pestiziden intensivierten Landwirtschaft. Mit der Zustimmung des damaligen deutschen Landwirtschaftsministers Christian Schmidt (CSU) verlängerte die EU Ende 2017 die Zulassung des gesundheitsschädlichen Pestizids Glyphosat um weitere 5 Jahre.<sup>59</sup>

Nur 20 Prozent der Energie wird EU-weit regenerativ aus Wind, Sonne und Wasser gewonnen. Die EU will die Atomfusion als zukünftig führende Energiequelle. Der Euratom-Vertrag und die mit ihm verbundenen Rahmenpläne regeln die massive Förderung der Atomfusionsforschung und der Entwicklung des Atomfusionsreaktors ITER. Darüber hinaus gehört die Erhaltung und Erneuerung der Atomspaltungstechnologie, die Sicherstellung von genügend Atombrennstoff für die EU-europäischen Atomspaltungsreaktoren und die Kontrolle der (Un-)Sicherheit der Atomreaktoren zum Aufgabenbereich von Euratom. Die Förderung der Destruktivkraft Atomtechnologie steht in Konkurrenz zu einer Energieerzeugung mit regenerativen Energieträgern, die im Gegensatz zu der immer zentralen und mit atomstaatlichen Repressionsmitteln abgesicherten Atomtechnologie, auch dezentral und basisdemokratisch organisiert werden kann.

Der grüne Außenminister Joseph Fischer hatte bei den Verhandlungen über die geplante EU-Verfassung 2003 dafür gesorgt, dass das Euratom-Abkommen gar Verfassungsrang bekommen hätte, indem es als Anhang in die später gescheiterte EU-Verfassung übernommen werden sollte. Fischer ignorierte dabei einen Bundestagsbeschluss vom 12. März 2003, in dem gefordert wurde, den Euratom-Vertrag auslaufen zu lassen.<sup>60</sup>

Im aktuellen Wahlprogramm der Grünen zur Europawahl im Mai 2019 wird der Euratom-Vertrag an sich und damit die EU-weite Nutzung der Destruktivkraft Atomenergie nicht in Frage gestellt. Die Grünen stört nur, dass laut dem Euratom-Vertrag in seiner jetzigen Fassung die Atomenergie bevorzugt gefördert wird.

Der durch die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Verwertungsprozesses bedingte Rechtsrutsch ist nicht auf EU-Europa beschränkt, sondern stellt eine weltweite Verschiebung weg von liberalen bürgerlich-demokratischen Errungenschaften hin zu autoritären Systemen dar.

In Brasilien wurde im Oktober 2018 der Faschist Jair Bolsonaro zum Präsidenten gewählt. Eine weitere Katastrophe für Menschen und Natur. Bolsonaro ist verbunden mit den Militärdiktaturen in Chile und Brasilien, er ist offen frauenfeindlich, rassistisch und homophob. Er hat angekündigt die Bewegung der Landlosen und die Bewegung der Wohnungslosen als Terrorist\*innen zu verfolgen und erschießen zu lassen. Unterstützt wird er u. a. von dem brasilianischen Kapitalverband, in dem auch deutsche Konzerne organisiert sind. Bolsonaro will den Regenwald weiter abholzen lassen und Minenschürfrechte in Gebieten der Indigenas an Konzerne vergeben.<sup>61</sup> Es entsteht ein faschistisches Brasilien als sicherer ökonomischer

Außenposten der Festung EU-Europa. Überwiegend haben ihn die weiße Bourgeoisie und die weißen Teile der Mittelschicht gewählt. Massiv unterstützt wurde und wird er auch von den erstarkenden rechtsradikalen evangelikalischen Pfingstkirchen in Brasilien.<sup>62</sup>

Im Mai 2016 hatten die reaktionären Kräfte in Brasilien mit einem kalten Putsch gegen die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiter\*innenpartei (Partido dos Trabalhadores – PT) eine Offensive gestartet. Rousseff war damals unter dem Vorwurf, sie habe gegen Haushaltsgesetze verstoßen, in einem skandalösen Verfahren ihres Amtes enthoben worden. Ihr Koalitionspartner Michel Temer von der liberal-konservativen Brasilianischen Demokratischen Bewegung (Partido do Movimento Democrático Brasileiro – PMDB) war Rousseff in den Rücken gefallen und wurde Übergangspräsident.<sup>63</sup> Er hatte sich vorab die Zustimmung der brasilianischen Militärführung zu dem kalten Putsch eingeholt, wie später herauskam.<sup>64</sup> Die Generäle sagten zu, den Umsturz zu »garantieren«.<sup>65</sup> Ins Amt gelangt kündigte Temer sofort an, die Sozialprogramme der PT-Regierungen umfassend kürzen zu wollen, was er dann auch tat.<sup>66</sup>

Auch in Deutschland verstärkt sich die soziale Spaltung, die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Diese Spaltung der gesamten Gesellschaft hinterlässt auch Spuren innerhalb des Bürger\*innentums. Einstmals liberale Positionen geraten in die Defensive, die Vertreter\*innen einer rohen Form des Kapitalismus sind im Aufwind. Sie nutzen die Verunsicherung, die durch die ökonomische Krise auch die erfasst, die in der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg und angesichts der Systemkonkurrenz zur Sowjetunion zu sozialen Zugeständnissen bereit waren.

Die Polarisierung der Gesellschaft macht auch vor den schon immer vorhandenen Auseinandersetzungen innerhalb der Linken nicht halt. Heute spielt der Widerspruch zwischen der sozialen Frage und der identitären Frage eine wesentliche Rolle.

Die traditionelle autoritäre Linke will mit der Betonung nationalistischer Positionen mehrheitsfähig werden. Sie argumentiert fast schon ethnopluralistisch. Im Gegensatz dazu bleibt die antiautoritäre Linke dabei, dass die soziale Frage, also der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit der Ausgangspunkt ihrer Analyse und ihres Kampfes ist und unteilbar mit dem Kampf gegen jede Diskriminierung, jeden Antisemitismus, Rassismus und Sexismus verbunden ist.

Bei den rechtsradikalen Aufmärschen und Hetzjagden in Chemnitz verband sich das Gefühl des Abgehängtseins und der Vernachlässigung eines wesentlichen Teils der Bevölkerung mit dem Versuch der Rechtsextremen, durch die Ausgrenzung Anderer eine »heimatliche Identität« zu stiften. Insgesamt gesehen war die organisierte Hetze in Chemnitz nicht ein Aufruhr sogenannter besorgter Bürger\*innen, sondern ein Bündnis von Bewohner\*innen mit organisierten Rechtsextremen, Nazibanden und der AfD. Innerhalb der kapitalistischen

Entwicklung vernachlässigte Städte und Regionen sind gesellschaftliche Nischen, die die Rechtsradikalen zur Ausbreitung und Rekrutierung von Anhänger\*innen nutzen können. Die rechtsradikale Basis hatte sich in Chemnitz bereits zuvor gebildet und nur auf einen Anlass gewartet um auf der Straße in die Offensive zu kommen.

Die AfD kooperiert mit der außerparlamentarisch agierenden Nazi-Szene wie in Chemnitz und treibt ihr Bündnis mit der rechtsradikalen Identitären Bewegung voran. Anlässe werden genutzt, um die Hetze gegen Geflüchtete immer weiter zu treiben und rechte Verkehrsformen bis hin zur Jagd auf Migrant\*innen hoffähig zu machen. »Ausrasten« nennt das der Rechtsradikale Gauland und sagt, das sei erlaubt. Auch mit der rechtsradikalen, rassistischen Pegida-Bewegung ist die AfD als parlamentarischer Arm verbunden.

Zur Seite sprang der AfD und den Rechtsradikalen auf der Straße nach den rechten Umtrieben von Chemnitz bezeichnender Weise der Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen. Anstatt ihn einfach zu feuern, stimmte die SPD der Verwendung des rechtsradikalen Stichwortgebers in einem anderen extra für ihn geschaffenen hohen Amt im Innenministerium zu. Zunächst hatte sie sogar zugestimmt, Maaßen auf Druck von Horst Seehofer zum Staatssekretär im Innenministerium zu befördern. Erst nach massivem öffentlichen Druck aus Reihen der Basis ruderte die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles in dieser Frage zurück.

In einer Abschiedsrede stellte sich Maaßen am 18. Oktober 2018 als Opfer angeblich linksradikaler Gegner\*innen der großen Koalition innerhalb der SPD dar. In seiner Rede sagte er, sie hätten ihn benutzt, um einen Bruch der Koalition zu provozieren und dass er aus dem Amt gedrängt werden sollte, weil er Kritiker einer naiven und linken Ausländer- und Sicherheitspolitik in Deutschland sei. Darüber hinaus hielt Maaßen an seiner Behauptung fest, es habe in Chemnitz keine Hetzjagden gegen Ausländer gegeben.<sup>67</sup> Erst nachdem Maaßen seine rechtsradikalen Grundhaltung ein weiteres Mal öffentlich darstellte, geriet die CSU so unter Druck, dass er zwar immer noch nicht entlassen wurde, aber in den Ruhestand gehen musste.

Alexander Gauland verwendete in einem Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Argumentationsmuster, die aus eine Rede entlehnt sind, die Adolf Hitler 1933 vor Siemens-Arbeiter\*innen gehalten hatte. Gauland bediente das antisemitische Stereotyp der angeblichen Wurzellosigkeit, machte Anspielungen auf die Unterscheidung zwischen gutem schaffenden und schlechtem raffenden Kapital und redete dem Feindbild der angeblich heimatlosen demokratischen Eliten das Wort.

Nah bei AfD-Positionen sind große Teile von »aufstehen«. Die angebliche Bewegung ist initiiert von sozialdemokratischen Funktionär\*innen der Linkspartei wie Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine.

Die verkürzte Kritik von »aufstehen« am Kapitalismus bleibt an der Oberfläche bestimmter Merkmale, die vermeintlich mit nationalstaatlichen Maßnahmen korrigiert werden könnten. Die Anhänger\*innen von »aufstehen« wollen durch eine bessere Sozialpolitik und den Wiederaufbau des Sozialstaats die nach rechts bzw. rechtsaußen gerutschten AfD-Wähler\*innen wieder in die Linke einbinden.

Die Klassenfrage, die im Mittelpunkt jeder Kapitalismuskritik stehen muss, bleibt ausgeblendet. Die Vertreter\*innen von »aufstehen« streben eine nationale Gemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit an, zu der die Ausgrenzung Geflüchteter und die Abwehr von Arbeitsmigrant\*innen gehört. Im Gründungsaufwurf von »aufstehen« ist der Rassismus überwiegend codiert und versteckt, er wird aber mit folgender Aussage für alle, die es wissen wollen, auf den Punkt gebracht: »Die Flüchtlingsentwicklung hat zu zusätzlicher Verunsicherung geführt.« Die Menschen erleben Verunsicherung statt solidarisch zu sein. Sie wollen Heimat statt Solidarität. So sieht es »aufstehen«. »aufstehen« ist im Wesentlichen eine Ansammlung rechter Menschenfeinde mit deutsch-nationaler Grundhaltung und sozialem Anstrich ähnlich dem Strasser-Flügel der NSDAP und einiger hoffender Verwirrter.

In Rostock nahm »aufstehen« bewusst nicht an Protesten und Aktionen gegen eine AfD-Demonstration teil. In der Begründung dazu hieß es, »aufstehen« als offene parteiunabhängige Initiative müsse auch mit diesen Leuten reden und dürfe sie nicht ausgrenzen.

Die Thüringer AfD-Landtagsfraktion, Kern des völkischen Flügels in der AfD mit Björn Höcke an der Spitze, veröffentlichte im Juni 2018 ein Rentenpapier und machte sich damit daran, die soziale Frage von rechter Seite zu besetzen. Noch gibt es einen Richtungsstreit zwischen dem sozial-völkischen und dem völkisch-neoliberalen Flügel um Jörg Meuthen und Alice Weidel, die das staatliche Rentenversicherungssystem schwächen oder besser ganz abschaffen wollen.<sup>68</sup>

In dem Thüringer Papier fordert Höcke das gesetzliche, beitrags- und steuerfinanzierte Rentensystem zu stärken, das Rentenniveau soll wieder auf 50% steigen und Subventionen des Staates in private Versicherungen sollen ganz gestrichen werden. Um steigende Rentenversicherungsbeiträge für eine sogenannte Produktivitätsrente zu finanzieren, werden höhere Löhne gefordert, als angemessener Anteil der Lohnabhängigen am Produktivitätszuwachs und den Profiten des Kapitals. Alle, auch Selbstständige, Beamt\*innen und Politiker\*innen sollen in das staatliche System einzahlen müssen.<sup>69</sup> Mit diesen linken Forderungen will der Höcke-Flügel in der AfD Wähler\*innen fangen, ohne die Absicht zu haben die Forderungen einzulösen. Gespart werden soll an Kosten für Geflüchtete in Deutschland oder für Bundeswehreinätze im Ausland. Reiche und Vermögen werden bei der AfD auch von Höcke geschont.<sup>70</sup>

Die Kernforderungen decken sich im Prinzip mit linksreformerischen Forderungen zum Beispiel der Linkspartei oder aus den Gewerkschaften. Die Linkspartei fordert aber zur Finanzierung höherer Renten Reiche und Vermögen höher zu besteuern.<sup>71</sup>

Die von der Linkspartei geforderte Mindestsicherung will der Höckeflügel der AfD auch. Neben der Produktivitätsrente soll es im Rentenkonzept der AfD Zuschläge geben, die zu niedrige Renten auf eine Mindesthöhe bezuschussen. Mit der offen völkischen Forderung, dass ausschließlich Menschen mit deutschem Pass einen staatsfinanzierten Aufschlag, der Staatsbürgerrente, erhalten, um ihre geringe Renten aufbessern zu können,<sup>72</sup> provozierte der Höcke-Flügel die Öffentlichkeit.

Das rückwärtsgewandte Familienbild wird über eine sogenannte Kinderrente gefördert. Mit der Geburt eines Kindes wird eine Beitragssenkung zur Rentenversicherung für die Eltern vorgesehen. Bis zu drei Kinder können für die Beitragsreduzierung angerechnet werden.<sup>73</sup>

Götz Kubitschek, faschistischer Vordenker und Verleger für Neonazis und rechtsaußen Zeitschriften ist seit Jahren völkisch-nationalistischer Stichwortgeber für die AfD. Er schrieb 2015 beispielsweise die »Erfurter Resolution«, das Grundlagenpapier des völkischen Flügels in der AfD um Björn Höcke. Kubitschek formulierte in seiner Zeitschrift Sezession noch vor Björn Höcke, dass die AfD die soziale Frage, das »Kronjuwel der gesellschaftlichen Linken«, den Linken abjagen könne.<sup>74</sup>

Die Querfront im Zusammenhang mit der sozialen Frage ist immer auch anschlussfähig an den Antisemitismus. Dies geschieht, indem der grundlegende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ausgeblendet wird und die sogenannte Spekulation von der Kapitalverwertung künstlich getrennt wird. Antisemitische Stereotypen eignen sich für die kapitalismuskonforme Teilkritik an bestimmten Erscheinungsformen des Kapitalismus.

Der Antisemitismus hat in EU-Europa in seiner klassischen Form zugenommen und es wird immer deutlicher, dass auch die neue Form des antizionistischen Antisemitismus bereits stärker verankert ist als zunächst vermutet.

In einer Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA – European Union Agency for Fundamental Rights) erklärten 89 Prozent der befragten Jüd\*innen aus zwölf EU-Ländern, dass der Antisemitismus in ihrem Land seit 2013 zugenommen habe. 38 Prozent trugen sich mit dem Gedanken, auszuwandern. 28 Prozent gaben an, im vergangenen Jahr antisemitisch belästigt oder angegriffen worden zu sein.<sup>75</sup>

Am 4. Dezember veranstaltete die GUE/NGL-Fraktion (European United Left/Nordic Green Left European Parliamentary Group) im Europaparlament, zu der mit der Vereinigten Europäischen Linken auch die deutsche Linkspartei gehört, und die das Motto »Ein anderes

Europa ist möglich« hat, eine mehrstündige israelfeindliche Veranstaltung mit dem Titel »Boycott, divestment, and sanctions to Israel: achievements and challenges«. Ins Deutsche übersetzt lautet der Titel: »Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel: Erfolge und Herausforderungen.« Sprechen durfte dort auch die Führungsfigur der antizionistisch-antisemitischen BDS-Kampagne Omar Barghouti, der offen die Auslöschung Israels fordert. Die sieben EU-Parlamentar\*innen der Linkspartei haben dieser Veranstaltung zwar widersprochen und dazu eine Erklärung abgegeben, ihre Mitgliedschaft in der Fraktion aber nicht in Frage gestellt.<sup>76</sup>

Genauso wie es den christlichen Antijudaismus gab und gibt in christlichen Kreisen, gibt es Antisemitismus in muslimischen Kreisen. 90 Prozent der antisemitischen Straftaten werden in der BRD von Nazis und Rechtsradikalen begangen. Wichtig beim Kampf gegen den muslimischen Antisemitismus ist Aufklärungsarbeit insbesondere bei Jugendlichen, die in Zusammenhang mit dem gesamtgesellschaftlichen Antisemitismus gebracht wird. Burak Yilmaz, Jugendarbeiter beim Projekt Heroes Duisburg, fährt jedes Jahr mit einer Gruppe muslimischer Jugendlicher zur Gedenkstätte im früheren Vernichtungslager Auschwitz in Polen. Für viele der Jugendlichen bricht dabei eine Welt zusammen, die ihnen von ihren Familien vermittelt wurde.<sup>77</sup>

Der Antisemitismus spielt auch bei der Bildung der Querfront in Deutschland eine wesentliche Rolle. »Querfront ist eine rechtsextreme Bündnisstrategie, bei der versucht wird, ideologische oder programmatische oder personelle Andockstellen zu linken oder alternativen oder auch linksbürgerlichen Milieus zu finden, um das völkische oder faschistische Lager zu vergrößern. Üblicherweise ist das Bindeglied eine positive nationale bzw. völkische Identität«<sup>78</sup>, so Jutta Ditfurth. Dabei helfen ihnen nationale Linke wie die Querfrontfraktion in der Linkspartei.

Die Querfront nationaler Linker mit rechten Ideolog\*innen knüpft an das verstellte Bewusstsein der Lohnabhängigen an und bedient es, indem sie den Bezug zur Klasse und das Potenzial für politisches Bewusstsein durch völkisches Denken ersetzt. Eines ihrer Bindeglieder hat die Querfront heute in der antizionistisch-antisemitischen Ablehnung Israels und in den Angriffen auf das angeblich jüdische Finanzkapital. Wie seit dem 19. Jahrhundert steckt in der feindlichen Abgrenzung von den angeblich schmarotzenden und ausbeuterischen Jüd\*innen die rechtsextreme Vergemeinschaftung zum guten schaffenden deutschen Volk.

Antideutsche, die sich rechts einordnen wie die Bahamas, rücken noch weiter nach rechts. Ein Beispiel ist Thomas Mauls Auftritt im Conne Island in Leipzig, der sich Gauland-Positionen anschließt. Diese rechten Antideutschen befinden sich in einer Phase der Verrohung und weiteren Rechtsentwicklung. Sie setzen an die Stelle der Kritik des Kapitalismus die Anbetung der Herrschaft des Kapitals. Sie haben mit dem US-Imperialismus



keine Probleme mehr, weil sie mit ihm die Verteidigung sogenannter westlicher Werte gegen den sogenannten Islamismus und gegen den Antisemitismus identifizieren. Justus Wertmüller beschreibt 2016 die Position der Zeitschrift Bahamas spätestens nach den Anschlägen vom 11. September 2001 so: »Israelsolidarisch waren wir auch schon vor dem Jahr 2000, der Gedanke jedoch, nun auch dezidiert pro-amerikanisch und generell pro-westlich werden zu müssen, der lag zwar schon länger in der Luft, konnte aber erst nach 9/11 ausgesprochen werden.« Mit antimuslimischen Vorurteilen, in die sie sich immer weiter hineinsteigern, werden rechte Antideutschen über die Befürwortung imperialistischer Kriege, die im gesamtkapitalistischen Interesse geführt werden, hinaus anschlussfähig für antifeministische und faschistische Versatzstücke. Ausgehend von einer antimuslimischen Grundhaltung bezog sich der Bahamas-Autor Thomas Maul in einem Facebook-Post vom 9. Mai 2018 positiv auf eine rassistische Rede des Rechtsradikalen Alexander Gauland im Bundestag. Zuvor hatte er sich schon damit hervorgetan, den antisexistischen Kampf von Feminist\*innen mit dem fundamentalistischen Islamismus gleichzusetzen. Justus Wertmüller schrieb zur AfD: »Immer wieder erscheint die AfD objektiv als einzige Stimme der Restvernunft im Deutschen Bundestag [...]«. In seiner antimuslimischen rassistischen Raserei bezeichnete er Geflüchtete als »Sturmabteilungen fremder Gesellschaften«. <sup>79</sup> Der prokapitalistische Ansatz der Antideutschen, die sich rechts einordnen, macht sie anfällig für die auch in der bürgerlichen Gesellschaft eingeschriebene Diskriminierung von Frauen und angeblich »fremden« Menschen.

Hinzu kommt bei dem rechten Flügel der Antideutschen der Angriff auf antinationale Positionen, die das Konstrukt der bürgerlichen Nation konsequent ablehnen. Antinationalen wird inzwischen Antisemitismus unterstellt und die Nation dadurch von antideutscher Seite her rehabilitiert. Alles um angeblich Israel zu retten, denn Antinationalen wird unterstellt, dass sie den Staat Israel abschaffen wollen. Eine ähnlich abstruse Position gibt es von Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung, die behauptet, antikapitalistische Haltungen bzw. Positionen sind immer auch antisemitisch. Sie begreift gar nicht, dass kapitalistisches Wirtschaften im Wesenskern Antisemitismus mitproduziert, wie Karl Marx im Band 3 des Kapitals deutlich macht. Er legt dort die faktisch falsche Unterscheidung von dem in der kapitalistischen Produktion tätigen, also die Lohnabhängigen direkt ausbeutenden, und dem »zinstragendem« Kapital offen. <sup>80</sup> So finden sich diese rechten Antideutschen, die im Gegensatz zu linken Antideutschen die soziale Frage nicht interessiert, wieder im nationalistischen Mainstream.

Ein wichtiges Mittel, um den Rechten entgegenzutreten ist der Kampf um die Hegemonie auf der Straße. Dies reicht von antifaschistischen Blockadeaktionen, solidarischen Aktionen der Lohnabhängigen bis hin zu breiten Demonstrationen, bei denen die Solidarität mit gesellschaftlich Benachteiligten im Mittelpunkt steht.

Angesichts des immer bedrohlicheren Rechtsrutsches hat sich ausgehend von einigen Städten eine Gegenwelle aufgebaut. Es hat lange gedauert, aber immerhin haben sich breite Bündnisse gebildet, deren Spektrum von wertkonservativen bis linksradikale Aktivist\*innen reicht. Mit den Seebrücken ist eine Bewegung entstanden, die gegen die mörderische Akzeptanz, dass die europäischen Regierungen die Geflüchteten im Mittelmeer ertrinken lassen, kämpft.

Die Forderung, die Einhaltung demokratischer und sozialer Menschenrechte abzusichern, fand ihren Niederschlag im Ansatz der Solidary City, mit der der humanitäre Seebrücken-Ansatz politisiert wurde. Inhalt und Ziel ist die Uneingeschränktheit und Unteilbarkeit der Menschenrechte.

Der Bewegungsansatz der Solidary City entwickelte sich, weil der Staat in Bezug auf die Menschlichkeit versagt. Menschen mit humanistischer Haltung nehmen die Sache, Geflüchteten zu helfen, zum Beispiel auf Stadtebene in die Hand. In ihrem Selbstverständnis ist eine Solidary City »Eine Stadt, aus der kein Mensch abgeschoben wird, in der sich alle frei und ohne Angst bewegen können, in der kein Mensch nach einer Aufenthaltserlaubnis gefragt wird, in der kein Mensch illegal ist. Das sind die grundlegenden Vorstellungen von einer Solidarity City. In einer solchen Stadt der Solidarität sollen alle Menschen das Recht haben zu leben, zu wohnen und zu arbeiten. Allen Menschen soll der Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung gewährt werden. Alle Menschen sollen teilhaben und das Stadtleben mitgestalten können – unabhängig von Aufenthaltsstatus, finanziellen Möglichkeiten, Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität, Religion,...«<sup>81</sup> Eine konkrete Utopie, die flächendeckend aber erst jenseits des Kapitalismus verwirklicht werden kann.

Die Seebrücken-Bewegung kam spät, explodierte dann aber praktisch in den großen Städten und weitete sich in Kleinstädte aus. Eine Erweiterung fand diese Entwicklung in der »unteilbar«-Demonstration am 13. Oktober 2018 in Berlin gegen Rassismus, Ausgrenzung und Rechtsrutsch, die ein großer Erfolg war. Über 242 000 Menschen kamen zusammen, um sich dem Rechtsrutsch entgegenzustellen und für eine weltoffene solidarische Gesellschaft zu demonstrieren. Die kamen hatten verstanden, dass sie selbst von der Rechtsentwicklung betroffen sind und Solidarität unverzichtbar für ein möglichst gutes und freies Leben ist und gegen die Angriffe von rechts verteidigt und ausgebaut werden muss. Unteilbar ist der Kampf für die soziale Absicherung, für die soziale Gleichheit mit dem Kampf gegen jede Diskriminierung, jeden Antisemitismus, Rassismus und Sexismus verbunden.

Die große Solidarität umfasst auch diejenigen, die von der kapitalistischen Verwertung von Grund und Boden und der Immobilien, in denen Menschen zur Miete wohnen, besonders betroffen sind. Die Gentrifizierung, die Verdrängung aus den Städten, in denen durch die steigenden Mieten das Leben immer unbezahlbarer wird, wirkt auch als Spaltung der Gesellschaft.

Das was bis jetzt erreicht wurde, muss überführt werden nicht in einen Dialog mit den für das Elend Verantwortlichen, sondern in einen ernsthaften Kampf gegen diejenigen, die für den Rechtsrutsch stehen und von ihm profitieren. Innerhalb der Institutionen müssen soziale Werte überhaupt erst (wieder) verankert werden und wirklich durchgesetzt werden. Die Zerstörung der Natur muss aufgehalten werden durch EU-weite Institutionen, die sich von Konzernen wie Bayer nicht korrumpieren lassen. Institutionen, die zum Beispiel bei der Frage der Zulassung bzw. des Verbots von Giften wie dem Glyphosat keine Zugeständnisse machen und Fahrverbote von Autos mit Giftstoffen ausstoßenden Verbrennungsmotoren wirklich durchsetzen.

Im Idealfall verbindet sich in sozialen Bewegungen die soziale Frage mit der ökologischen. Zum Beispiel wurde im Hambacher Forst der Kampf gegen die Naturzerstörung verbunden mit einer antifaschistischen Positionsbestimmung. Auch nach dem Erfolg eines vorläufigen Rodungsstopps für den Hambacher Forst ließ sich die Bewegung nicht einfach befrieden. Aktivist\*innen besetzten erneut Bäume. Die Kampagne Ende Gelände zeigte Ende Oktober in einer eindrucksvollen Aktion mit 6500 Menschen im Braunkohle-Abbaugbiet am Hambacher Forst, bei der sie die private Kohlebahn von RWE blockierten, dass im Kampf gegen die Braunkohleabbau und gegen die forcierte Zerstörung des Klimas das Grundproblem die Profitinteressen der Konzerne sind.

Die Aktivist\*innen im Hambacher Forst und »Ende Gelände« haben hervorragende Arbeit dabei geleistet, die Notwendigkeit, die klimaschädliche Nutzung der Kohleenergie zu beenden, in die Köpfe der Menschen zu bringen. Das scheint für weite Teile gelungen zu sein, wie auch die beiden Klimademonstrationen in Berlin und Köln mit 40 000 Menschen gezeigt haben, um Druck auf die Kohlekommission auszuüben.

Angesichts dessen, dass der Euratom-Vertrag insbesondere mit der Förderung der Atomfusion weiterbesteht, müssen die Kämpfe gegen die Klimakatastrophe verbunden werden mit den Kämpfen gegen die mörderische Atomenergie. Denn eine wirkliche Energiewende und den Ausstieg aus destruktiven Energien wird es nur geben, wenn die Atomanlagen EU- und weltweit stillgelegt werden und die Förderung der Atomenergie als Konkurrenz für die Energiewende hin zur regenerativen Energienutzung gestoppt wird. Die Antiatombewegung und die Bewegung gegen die Kohlenutzung müssen zusammenwirken. Denn angesichts der Klimakatastrophe gibt es eine fatale Tendenz dazu, radioaktive Verseuchung als weniger gefährlich anzusehen als die Anheizung der Klimakatastrophe durch die Kohle. Hier wird das zerstörerische Zusammenwirken der Verbrennung fossiler Energieträger und der Nutzung der Atomenergie nicht begriffen.

Antifaschismus und Antikapitalismus sind Grundpfeiler eines menschlichen Zusammenlebens. Wir müssen auf europäischer Ebene für eine Wirtschaft kämpfen, deren Ziel die soziale Gleichheit ist.

Wir brauchen ein Europa, in dem die Rechte von Frauen und LGBTQI\*s rechtlich verbrieft sind und selbstverständlich respektiert und beachtet werden.

Im Kampf gegen den Rechtsrutsch gibt es zwei Säulen, die wir stärken müssen. Wir müssen beim Kampf um die Hegemonie auf der Straße immer wieder erfolgreich sein. Gleichzeitig brauchen wir eine europaweit hörbare Stimme auf parlamentarischer Ebene, die der Rechtsverschiebung, die von vielen europäischen Regierungen mitgetragen wird, entschieden entgegenwirkt und jeden Dialog oder Diskurs mit Rechtsradikalen parlamentarisch und außerparlamentarisch bekämpft.

Unser langfristiges Ziel ist eine Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Herrschaft. Ihre Grundlage ist die soziale Gleichheit aller Menschen, ohne die es keine wirkliche individuelle Freiheit, keine solidarische Selbstbestimmung gibt. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit, Geld und Waren, die Gebrauchsgüter herstellt, ohne diese Herstellung asketisch zwanghaft zu regulieren, aber auch ohne das grenzenlose Wachstum des kapitalistischen Wirtschaftens mit seinem Zwang zu Konkurrenz, Egoismus, Ellenbogengesellschaft, Konsum und Naturzerstörung. Wir wollen eine antiautoritär organisierte Gesellschaft mit basisdemokratisch geplanter Produktion, in der technologische Errungenschaften dafür genutzt werden, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und die Menschen von überflüssiger, unangenehmer, krank machender Arbeit zu befreien.

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken  
am 15./16. Dezember 2018 in Köln**